

Verzeichnis der Dokumente

			Seite
1	12. 07. 1962	Vermerk des Referenten im Bundesministerium für Wirtschaft Kleindienst Thedieck schlägt vor, die Freilassung von in der DDR inhaftierten westdeutschen studentischen Fluchthelfern zur Voraussetzung für die Gewährung von Krediten an die DDR zu machen.	3
2	10. 10. 1962	Vermerk des Referenten im Bundesministerium für Wirtschaft Kleindienst Die Frage der inhaftierten westdeutschen Studenten wird in die Verhandlungen über den innerdeutschen Handel einbezogen.	4
3	24. 12. 1962	Schreiben des 2. Vorsitzenden der Vereinigung politischer Häftlinge des Sowjetsystems, Alfred Weiland, an Bundeskanzler Adenauer Weiland schlägt vor, nach dem Vorbild eines Abkommens zwischen den USA und Kuba der DDR für die Freilassung politischer Häftlinge Warenlieferungen zu gewähren.	5
4	04. 01. 1963	Vermerk des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen Das BMG nimmt Stellung zum Vorschlag, Warenlieferungen gegen Häftlingsfreilassungen zu gewähren.	6
5	12. 01. 1963	Operative Information der Hauptabteilung V des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Vogel berichtet, der Geschäftsmann Dinse habe Warenlieferungen gegen Häftlingsfreilassungen angeboten.	7
6	09. 02. 1963	Operative Information der Hauptabteilung V des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Vogel berichtet über den Plan eines Häftlingsfreikaufs gegen Barzahlungen, den er mit Dinse, Stange und Sehrig besprochen habe. Stange werde das Projekt mit Globke besprechen, um eine politische Absicherung zu erhalten.	9
7	28. 02. 1963	Ergänzung zur Operativen Information der Hauptabteilung V des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Der beabsichtige Häftlingsfreikauf solle ohne die Bundesregierung, aber über Vertreter der Industrie abgewickelt werden.	12
8	03. 04. 1963	Treffbericht des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet, Springer habe gegenüber Stange Interesse an einem Häftlingsfreikauf geäußert, halte jedoch Rückendeckung seitens des Kanzleramtes für erforderlich. Brandt biete für die Freilassung eines Fluchthelfers eine Barzahlung an.	13
9	10. 04. 1963	Schreiben der Gerichtsreferendare Franz Gieffers und Manfred Schmidt an den Berliner Senat Der Berliner Senat wird über verschiedene aktuelle Bemühungen zum Häftlingsaustausch mit der DDR informiert.	15

XXX *Verzeichnis der Dokumente*

10	16.04.1963	Operative Information des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet über ein Gespräch von Barzel und Springer mit Adenauer sowie über ein Gespräch Barzels mit Stange. Für den Häftlingsfreikauf sollen 100 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden sein.	18
11	27.04.1963	Operative Information des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet über einen Freikaufplan, den er mit Barzel und Stange besprochen habe. Dabei habe Stange eine Namensliste mit 15 politischen Häftlingen übergeben, deren Freilassung in den Westen erwünscht sei. Die Bundesregierung habe die West-Alliierten über ihre Absichten unterrichtet.	19
12	16.05.1963	Vermerk des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen (UFJ) Der UFJ schildert die Entwicklung der politischen Verurteilungen in der DDR sowie die Haftbedingungen.	22
13	19.06.1963	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Im Auftrag des Berliner Senats schließt Stange mit Vogel den Austausch eines MfS-Mitarbeiters gegen einen Fluchthelfer erfolgreich ab.	26
14	20.06.1963	Vermerk des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet über ein Gespräch Barzels mit Stange. Dies habe das Mißtrauen des Berliner Senats geweckt, der einen Häftlingsaustausch gegenüber der Bundesregierung geheim halten wolle.	26
15	21.06.1963	Treffbericht des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet, Barzel habe sich bei Stange über die Person und Rolle Vogels informiert.	29
16	23.07.1963	Treffbericht des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet über weitere Verhandlungsschritte mit Stange zum Austausch von Häftlingen. May habe Stange darauf aufmerksam gemacht, weiterhin den ursprünglich geplanten Freikauf voranzubringen.	32
17	13.08.1963	Vermerk der Hauptabteilung IX des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR Das MfS berät über mögliche Kandidaten für einen Häftlingsfreikauf.	36
18	16.08.1963	Vermerk des Bundesministeriums der Justiz Auf einer ressortübergreifenden Besprechung werden die bisherigen Erfahrungen aus dem Häftlingsaustausch mit Ostblock-Staaten und der DDR, die grundsätzliche Rechtslage sowie Sicherheitsfragen erörtert. Künftig sollen bessere Gegenleistungen eingefordert werden. Bei Austauschverhandlungen mit der DDR sollen Rechtsanwälte eingeschaltet werden. Weitere Verhandlungen sollen erst nach der zugesagten Freilassung eines Häftlings aus einem zurückliegenden Austausch geführt werden.	37

19	19. 08. 1963	Bericht des Regierungsrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Thedieck Rehlinger faßt den Ablauf der bisherigen Verhandlungen zusammen und benennt die für einen ersten Freikauf vorgesehenen Häftlinge, für deren Freilassung individuelle Summen vereinbart wurden.	57
20	03. 09. 1963	Bericht des Regierungsrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Barzel Rehlinger empfiehlt mit der Perspektive auf zukünftige Fortschritte die Annahme eines Vorschlags der DDR zu Häftlingsaustausch und -freikauf, der zunächst nur wenige Häftlinge betrifft.	59
21	20. 09. 1963	Schreiben des Rechtsanwalts Sehrig an einen freigekauften Häftling Sehrig weist auf notwendige behördliche Formalitäten hin.	60
22	23. 09. 1963	Weisung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, an Ministerialdirigent Gefaeller Barzel erteilt Rehlinger die notwendige Ermächtigung zur Durchführung der Freikaufaktion.	61
23	26. 09. 1963	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger stellt Vorgeschichte, Verhandlungsgang und Ablauf der ersten Freikaufaktion dar. Die DDR sei zu weiteren Verhandlungen über Häftlingsfreikäufe bereit und wünsche zudem einen weiteren Häftlingsaustausch.	62
24	02. 10. 1963	Bericht des Regierungsrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Barzel Krautwig reagiert zurückhaltend auf neue Austauschwünsche der DDR.	65
25	08. 10. 1963	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Barzel Stange übersendet eine Namensliste mit Häftlingen, um deren Austausch sich die DDR bemüht.	66
26	12. 10. 1963	Treffbericht des Majors im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert (Auszug) Vogel berichtet u. a. über die Umstände eines Austauschfalles und sein Verhältnis zu Kaul. Mit Stange habe er den Fall des Fluchthelfers Graf Hoensbroech erörtert. Stange habe auch die Einbeziehung des Schicksals von Kindern angesprochen, die von ihren Eltern getrennt leben.	67
27	17. 10. 1963	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger hält die an Stange ausbezahlten Beträge für erfolgte Häftlingsfreikäufe fest.	73
28	01. 11. 1963	Vermerk des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet u. a., von Wedel habe im Auftrag kirchlicher Stellen über den Häftlingsaustausch und die Bereitstellung von Waren im Rahmen des innerdeutschen Handels gesprochen; auch die Frage der Wiederzulassung Kauls in West-Berlin sei erörtert worden.	74

XXXII *Verzeichnis der Dokumente*

29	04. 11. 1963	Vermerk des Rechtsanwalts Kaul (Auszug) Kaul bespricht mit von Winterfeld und Güde den Fall des in der Bundesrepublik wegen Spionageverdachts inhaftierten Hofé.	77
30	29. 11. 1963	Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet u. a. von der Mitteilung Stanges, die Bundesregierung akzeptiere Kaul nicht als Verhandlungspartner in humanitären Angelegenheiten. Von Wedel habe in kirchlichem Auftrag eine Häftlingsliste übergeben. Weitere mögliche Austausch Kandidaten seien benannt und Einzelfälle erörtert worden.	79
31	09. 12. 1963	Vermerk des Bundestagsabgeordneten und Generalbundesanwalts a. D. Güde Kaul unterrichtet Güde über Austauschwünsche der DDR; zugleich sucht er Unterstützung für seine Wiedenzulassung.	84
32	23. 01. 1964	Schreiben des Bundesministers der Justiz, Bucher, an die Bundesminister, den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, den Chef des Bundespräsidialamtes und den Staatssekretär des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Das BMJ verweist auf seine Zuständigkeit in Angelegenheiten des Häftlingsaustauschs und bittet um frühzeitige Beteiligung an Austauschplänen mit der DDR.	87
33	23. 01. 1964	Vermerk des Rechtsanwalts von Winterfeld Von Winterfeld vermittelt ein Angebot der „Zonenregierung“, wonach fünf Häftlinge im Gegenzug zur Freilassung Hofés begnadigt werden sollen.	88
34	29. 01. 1964	Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert (Auszug) Vogel berichtet u. a. über Auffassungsunterschiede bezüglich der Fortentwicklung des Häftlingsaustausches, die zwischen der Bundesregierung, insbesondere Bucher, und dem Berliner Senat bestehen. Die US-Mission habe Interesse an einer Fortführung. Die Wiedenzulassung Kauls stelle eine zusätzliche Komplikation dar.	90
35	03. 02. 1964	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel kündigt an, Mandate aus Westberlin bzw. der Bundesrepublik nur noch in geringer Zahl zu übernehmen.	93
36	ohne Datum	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange versucht die festgefahrenen Austauschverhandlungen wieder in Gang zu bringen, nachdem das BMJ einer Begnadigung dreier Personen nicht zugestimmt hat, da die DDR in einem früheren von Kaul vermittelten Austausch ihre Zusagen nicht eingehalten habe.	95
37	04. 02. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger charakterisiert die Fallgruppen politischer Häftlinge in der DDR und die rechtlichen Grundlagen ihrer Verurteilungen.	97

- | | | | |
|----|--------------|---|-----|
| 38 | 13. 03. 1964 | Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert (Auszug)
Vogel berichtet über weiterhin bestehende Auffassungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und dem Berliner Senat bezüglich des Häftlingsaustausches, u. a. auch über Gespräche Stanges mit Albertz, Spangenberg und Brandt. | 99 |
| 39 | 23. 03. 1964 | Vermerk des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Mende
Von Winterfeld berichtet über den Prozeß gegen den Fluchthelfer Graf Hoensbroech in Ost-Berlin. Er beklagt sich über mangelndes Vertrauen der Bundesregierung und kündigt an, das ihm durch die Bundesregierung erteilte Mandat niederzulegen. | 103 |
| 40 | 02. 04. 1964 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Herbert Wehner
Stange informiert über seine Aktivitäten, u. a. über ein Gespräch mit Präses Scharf, die dem Fortgang der Austauschverhandlungen dienen. | 104 |
| 41 | 02. 04. 1964 | Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert
Vogel berichtet u. a. über ein Gespräch mit Heinemann über die Gestaltung der Anwaltskontakte und die Rolle Kauls. | 105 |
| 42 | 08. 04. 1964 | Bericht des Regierungsrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig
Rehlinger beschreibt die Schwierigkeit, feste Gruppen von Häftlingen zu definieren, die beim Freikauf berücksichtigt werden sollen. Vollständig sei die Liste der studentischen Fluchthelfer, während die zahlreichen anderen Fallakten der Rechtsschutzstelle nicht vollständig ausgewertet werden könnten. | 108 |
| 43 | 15. 04. 1964 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig
Während die Aussichten für die insgesamt 13 000 politischen Häftlinge in der DDR skeptisch eingeschätzt werden, gelten nach Beschluß des Kabinetts die Bemühungen der Bundesregierung vorrangig der Freilassung von 150 inhaftierten studentischen Fluchthelfern. Das Kabinett hat unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen über die Freilassung Hofés zu entscheiden. | 109 |
| 44 | 22. 04. 1964 | Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert (Auszug)
Vogel berichtet u. a. über Kontakte zu Kaul im Zusammenhang mit weiteren Verhandlungsschritten im Fall Hofé. | 111 |
| 45 | 04. 05. 1964 | Vermerk des Rechtsanwalts Vogel
Vogel stellt Annäherung mit der Verhandlungsposition Stanges fest. | 115 |
| 46 | 06. 05. 1964 | Treffbericht des Hauptmanns im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Sommer
Vogel berichtet nach Gespräch mit Stange, daß Erhard sich mit dem Fall Hofé befaßt habe; er werde zu einer Unterredung mit Mende zusammentreffen. | 116 |

XXXIV *Verzeichnis der Dokumente*

47	06.05.1964	Bericht des Regierungsrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Die DDR schlägt neben dem Austausch Hofé – Hoensbroech die Freilassung von 50 Häftlingen gegen finanzielle Leistungen vor.	117
48	12.05.1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Stange erhält das Honorar für die Beteiligung an den Freikäufen des Jahres 1963. Der Häftlingsfreikauf soll fortgeführt werden.	118
49	12.05.1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Vogel ist seitens der DDR beauftragt, über die Freilassung von 500 Häftlingen gegen wirtschaftliche Leistungen zu verhandeln.	119
50	15.05.1964	Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert (Auszug) Vogel berichtet u. a., daß ein noch ungeklärter Austauschfall aus den aktuellen Verhandlungen im Fall Hofé ausgeklammert worden sei. Die Bundesregierung wolle eine größere Freikaufaktion abschließen, bevor der Austausch Hofés realisiert wird. Ein Gespräch zwischen Mende und Vogel werde vorbereitet.	120
51	17.05.1964	Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet u. a. über ein Gespräch mit Mende, in dem es um die Fälle Hoensbroech und Hofé sowie den Freikauf von 50 Häftlingen gegangen sei, sowie über eine Unterredung mit Albertz.	126
52	20.05.1964	Treffbericht des Oberstleutnants im Ministerium für Staatssicherheit der DDR Volpert Vogel berichtet über die Aktivitäten Stanges und von Wedels. Kaul habe auf einer alleinigen Verhandlungsvollmacht bestanden. Von Wedel biete Barzahlungen oder die Lieferung von Stickstoff für Häftlingsfreilassungen.	136
53	20.05.1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Im Gespräch Mendes mit Vogel zeichnen sich Fortschritte ab: im Austauschfall Hofé – Hoensbroech wie auch bei weiteren Häftlingsentlassungen, für die die DDR u. a. Stickstofflieferungen fordert.	139
54	22.05.1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Klärungsbedarf besteht, ob Kaul oder Vogel seitens der DDR legitimiert sind, mit von der Bundesregierung beauftragten Anwälten zu verhandeln.	140
55	22.05.1964	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Stange bestätigt seine Tätigkeit in Begnadigungsfällen, für die Stickstofflieferungen als Gegenleistung zugesagt werden.	141
56	23.05.1964	Schreiben des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Scharf, an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende Scharf begrüßt die Durchführung eines Häftlingsfreikaufs und empfiehlt die Rechtsanwälte Vogel und Stange.	141

- | | | | |
|----|--------------|---|-----|
| 57 | 25. 05. 1964 | <p>Vermerk des Rechtsanwalts von Winterfeld</p> <p>Von Winterfeld bietet der DDR die Freilassung Hofés, die Distanzierung der Bundesregierung von Fluchthilfetätigkeiten, Maßnahmen gegen organisierte Fluchthilfe sowie Warenlieferungen bzw. Zugeständnisse im innerdeutschen Handel an. Die DDR solle im Gegenzug eine „Breitenentlassung“ der organisierten Fluchthelfer gewähren.</p> | 142 |
| 58 | 25. 05. 1964 | <p>Vermerk des Rechtsanwalts von Winterfeld</p> <p>Von Winterfeld weist die DDR auf nicht erfüllte Zusagen in einem Austauschfall hin. Er stellt im Fall der Freilassung zweier Häftlinge die Anwaltszulassung Kauls sowie die Benutzung von Luftwegen in Aussicht</p> | 143 |
| 59 | 26. 05. 1964 | <p>Vermerk des Rechtsanwalts Kaul</p> <p>Von Winterfeld teilt Kaul mit, er sei von der Bundesregierung ermächtigt und widerrufe einen von Vogel ausgehandelten Häftlingsaustausch. Vogel seinerseits habe erklärt, Kaul sei nicht mehr zu Verhandlungen im Auftrag der DDR legitimiert und habe die Freilassung von 500 Fluchthelfern gegen ausstehende Stickstofflieferungen angeboten.</p> | 144 |
| 60 | 02. 06. 1964 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende</p> <p>Vogel kündigt erste Häftlingsfreilassungen an, um seine Legitimation für Verhandlungen zu belegen. Er verweist auf seine bisherigen Erfolge zur Freilassung von Häftlingen aufgrund individueller Verhandlungen.</p> | 144 |
| 61 | 02. 06. 1964 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts von Winterfeld an Rechtsanwalt Kaul</p> <p>Nachdem Vogel im Auftrag des Generalstaatsanwalts der DDR die Entlassung von 500 Häftlingen gegen wirtschaftliche Gegenleistung angeboten habe, bittet von Winterfeld um Aufklärung über die Mandatsverhältnisse Kauls und Vogels. Er widerspricht zudem der Aussage Vogels, die Bundesregierung habe einem Austausch Hofés gegen Hoensbroech zugestimmt.</p> | 147 |
| 62 | 26. 06. 1964 | <p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Die DDR bietet die Freilassung von 500 Häftlingen an, die durch das BMG ausgewählt werden können und erwartet hierfür die Freilassung von Hofé. Die Höhe der wirtschaftlichen Gegenleistungen wird von der Häftlingsauswahl abhängig gemacht. Krautwig stimmt der Übergabe einer Namensliste mit 50 Häftlingen zu.</p> | 148 |
| 63 | 06. 07. 1964 | <p>Schreiben des Bevollmächtigten des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an Rechtsanwalt von Wedel</p> <p>Kunst informiert u. a. über den Stand der Verhandlungen Vogels und die Bemessung der Anwaltshonorare.</p> | 152 |

64	09.07.1964	<p>Vermerk des Persönlichen Referenten des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Hoesch</p> <p>Nachdem ein Angebot seitens der DDR vorliegt, werden unter Vorsitz von Krautwig Einzelheiten eines Gegenangebots der Bundesregierung mit den Beteiligten (Kirchen, Anwälte) festgelegt. Demnach soll die Freilassung von 150 studentischen Fluchthelfern und weiteren 500 politischen Häftlingen gegen Warenlieferungen im Wert von 15 bis 20 Mio. DM sowie die Freilassung Hofés erreicht werden.</p>	153
65	15.07.1964	<p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Stange berichtet über den Zwischenstand seiner Verhandlungen in Ost-Berlin. Die DDR sei mit dem Angebot der Bundesregierung nicht einverstanden und erwarte höhere Zahlungen.</p>	155
66	16.07.1964	<p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Die Liste der zur Freilassung vorgeschlagenen Häftlinge wurde mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, SPD und FDP sowie mit Vertretern der Kirchen abgestimmt.</p>	156
67	20.07.1964	<p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Stange berichtet, die DDR sei bereit über die Entlassung von 750 Häftlingen bei Gegenleistungen in Höhe von 30 Mio. DM zu verhandeln.</p>	158
68	20.07.1964	<p>Vermerk des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland Geißel</p> <p>Geißel betont die Notwendigkeit einer breiten politischen Absicherung der Verhandlungen über den Häftlingsfreikauf sowie der Festlegung klarer Zuständigkeiten.</p>	159
69	23.07.1964	<p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Stange berichtet, die DDR habe ihr Angebot auf die Freilassung von 800 Häftlingen erhöht, für die sie Waren im Wert von 34 Mio. DM fordere. Eine Entlassung aller Häftlinge in die Bundesrepublik sei ausgeschlossen.</p>	160
70	23.07.1964	<p>Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Rehlinger schlägt Einzelheiten der technischen Durchführung anlässlich zu erwartender Freilassungen vor; u. a. sollen die Hintergründe der Haftentlassungen sowohl vor den Häftlingen selbst als auch vor Presse und Öffentlichkeit geheimgehalten werden und die Entlassungen über das Notaufnahmelager Gießen erfolgen.</p>	161
71	24.07.1964	<p>Schreiben des Geschäftsträgers des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz in Berlin, Prälat Zinke, an den Bundesminister für besondere Aufgaben Westrick</p> <p>Die katholische Kirche setzt sich für die Einhaltung des Termins ein, zu dem die DDR mit der Freilassung Hofés rechnet, damit der Erfolg des Häftlingsfreikaufs nicht gefährdet wird.</p>	162

72	27. 07. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Vogel hat Stange eine Vereinbarung zugesagt, deren wesentlicher Inhalt die Freilassung von 800 Häftlingen und der Austausch Hofés gegen den Grafen Hoensbroech sowie weitere Häftlinge betrifft. Häftlinge, deren Lebensmittelpunkt im Westen liegt, sollen dorthin entlassen werden. Die Gegenleistung besteht in Warenlieferungen im Wert von 32 Mio. DM.	163
73	29. 07. 1964	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Stange erläutert die Ergebnisse seiner Verhandlungen mit Vogel. Insbesondere fordere die DDR-Seite die vertrauliche Behandlung, da weitere Verhandlungen sonst ausgeschlossen wären.	164
74	30. 07. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Das Verfahren der Übergabe und Identifizierung derjenigen Häftlinge, die in die Bundesrepublik entlassen werden, wird festgelegt.	166
75	30. 07. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Die ersten Häftlingsfreilassungen werden für den 15. August erwartet. Die Freilassung Hofés soll gegen Ende August erfolgen.	167
76	02. 08. 1964	Vermerk des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland Geißel Geißel verhandelt in Ost-Berlin über Warenlieferungen und Liefertermine; Aufträge werden an Firmen vergeben.	168
77	04. 08. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger faßt den Inhalt der Vereinbarungen mit der DDR zusammen und legt weitere technische Schritte zur Aufnahme der Häftlinge in der Bundesrepublik fest.	169
78	14. 08. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger bespricht mit Stange Einzelheiten des ersten Bustrans- portes. In den Haftanstalten der DDR erregt die Freilassungsaktion Aufsehen.	170
79	18. 08. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Geißel berichtet über die Vorbereitung der Vertragsabschlüsse und Warenlieferungen.	171
80	18. 08. 1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Termine und Umstände des Austausches Hofés und des Grafen Hoensbroech sowie weiterer Häftlinge werden festgelegt.	173

XXXVIII *Verzeichnis der Dokumente*

81	25.08.1964	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger ADN veröffentlicht eine Pressemeldung zur Freilassung Hofés. BMG und der Generalbundesanwalt stimmen eine Pressemitteilung zur Entlassung Hofés und politischer Häftlinge aus der DDR ab.	174
82	27.08.1964	Staatsanwalt Höse, Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter an den Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Gießen Die Zentrale Erfassungsstelle erfährt durch Presseberichte über die Entlassung politischer Häftlinge und bittet um die Übermittlung der Namen.	174
83	28.08.1964	Vermerk des Staatssekretärs Nahm im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Die Häftlingstransporte ließen sich nicht geheim halten und Presseberichterstattung nicht vermeiden.	175
84	29.08.1964	Bericht des Leiters des Notaufnahmelandes Gießen Freigelassene politische Häftlinge treffen in Gießen ein und durchlaufen das Notaufnahmeverfahren.	176
84A	28.08.1964	Schreiben eines freigekauften Häftlings an die Dienststelle des Bundesnotaufnahmeverfahrens Gießen Ein freigekaufter Häftling berichtet über seine ersten Erfahrungen in der Bundesrepublik.	179
85	29.08.1964	Schreiben des Rechtsanwalts Paul Meister an den Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Lemmer Rechtsanwalt Meister bringt angesichts von Presseberichten über Freilassungen das Schicksal eines Häftlings in Erinnerung.	180
86	04.09.1964	Schreiben des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Lemmer, an einen Freigekauften Lemmer heißt einen freigelassenen Häftling in der Bundesrepublik willkommen (Beispiel).	180
87	05.09.1964	Weisung des Ministers für Staatssicherheit Mielke an die Leiter der Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit Das MfS weist die Bezirksverwaltungen an, diejenigen Kinder in der DDR in Listen zu erfassen, deren Eltern in der Bundesrepublik und Westberlin leben.	181
88	05.09.1964	Schreiben eines freigekauften Häftlings an den Leiter der Rechtsschutzstelle, Rechtsanwalt Musiolik Ein freigekaufter Häftling dankt der Rechtsschutzstelle für die Bemühungen um seine Freilassung.	182
89	14.09.1964	Bericht des Oberregierungsrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Rehlinger weist auf anhaltende Bemühungen der Kirchen zur Freilassung einzelner politischer Häftlinge hin; mit Druck auf die Bundesregierung sei zu rechnen.	183

89A	14. 09. 1964	<p>Vermerk des Oberregierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Vor dem Hintergrund der getroffenen Vereinbarung und angesichts eines neuen Angebots der DDR über die Freilassung weiterer 2000 Häftlinge stellt Rehlinger grundsätzliche Überlegungen über den Fortgang der Besonderen Bemühungen, u. a. bezüglich Haftdauer der Häftlinge und Familienzusammenführung.</p>	184
90	05. 10. 1964	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel informiert über die Auswirkungen des Amnestieerlasses des Staatsrates anlässlich des 15. Jahrestages der DDR auf die Freilassung von Häftlingen; Langstrafen und Fluchtsachen würden nicht berücksichtigt.</p>	187
91	16. 10. 1964	<p>Vermerk des Oberregierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Stange berichtet, daß die DDR laufende Verhandlungen als Reaktion auf Pressemitteilungen des BMB unterbrochen hat.</p>	188
92	04. 11. 1964	<p>Schreiben des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Noth, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Ulbricht</p> <p>Die evangelische Kirche bittet um die Erteilung von Ausreisegenehmigungen, damit getrennte Familien zusammengeführt werden können.</p>	189
93	08. 11. 1964	<p>Schreiben eines freigekauften Häftlings an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen</p> <p>Ein freigekaufter Häftling berichtet über seine Erfahrungen in der Haftanstalt, den Ablauf der Entlassung und die Aufnahme in der Bundesrepublik.</p>	190
94	12. 11. 1964	<p>Vermerk des Senatsrats der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister von Berlin Korber</p> <p>Von Winterfeld vermittelt das Angebot der DDR, einen inhaftierten ausländischen Fluchthelfer freizulassen; im Gegenzug solle Kaul seine Rechtsanwaltstätigkeit in West-Berlin wieder aufnehmen könne.</p>	193
95	17. 11. 1964	<p>Vermerk des Ministerialdirigenten im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen von Zahn</p> <p>Die in der Häftlingshilfe tätigen Verbände beklagen sich über unzureichende Information des BMB und mangelnde Einbindung bei der Entlassung von Häftlingen.</p>	195
96	19. 11. 1964	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Die DDR erwartet zusätzliche 350 000 DM für die Häftlinge, die entgegen den festgelegten Kriterien in den Westen entlassen wurden.</p>	196
97	20. 11. 1964	<p>Bericht des Oberregierungsrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Rehlinger erläutert die Häftlingsauswahl der Freikaufaktion und die Zurückstellung einiger Fälle durch die DDR.</p>	197

XL *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 98 | 24. 11. 1964 | <p>Memorandum des Generalvikars für das Bistum Berlin, Prälat Adolph</p> <p>Die katholische Kirche bittet die Bundesregierung um die Fortsetzung der Besonderen Bemühungen noch im laufenden Jahr. Sie weist darauf hin, daß die DDR die Kirchen als Verhandlungspartner bevorzuge und ist bereit, die Anwälte mit Verhandlungen zu beauftragen. Die Bundesregierung wird um die Bereitstellung weiterer 3 Mio. DM gebeten.</p> | 199 |
| 99 | 04. 12. 1964 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel berichtet, Posser habe mitgeteilt, er verfüge über eine Verhandlungsvollmacht der Bundesregierung, wohingegen das Mandat Stanges erloschen sei. Vogel verweist auf seine Vollmacht, die sich nur auf Verhandlungen mit Stange beziehe.</p> | 200 |
| 100 | 10. 12. 1964 | <p>Vermerk des Senatsrats der Senatskanzlei beim Regierenden Bürgermeister von Berlin Korber</p> <p>Stange und Vogel berichten u. a. über das Angebot der DDR zur Fortsetzung der humanitären Aktion im Jahr 1965. Sie biete die Freilassung von 500 Häftlingen, die Ausreise von 2000 Kindern sowie die Familienzusammenführung für ehemalige Häftlinge an.</p> | 202 |
| 101 | 15. 12. 1964 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>In einer Ministerbesprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers wird beschlossen, die Besonderen Bemühungen fortzusetzen. Umgehend sollen 3 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden, damit noch vor Weihnachten die Freilassung weiterer 150 Häftlinge erreicht werden kan.</p> | 204 |
| 102 | 17. 12. 1964 | <p>Vermerk des Staatsanwalts beim Generalstaatsanwalt der DDR, Windisch</p> <p>Posser begründet gegenüber dem Vertreter des Generalstaatsanwaltes sein Verhandlungsmandat für humanitäre Angelegenheiten. Streit selbst ist verhindert.</p> | 205 |
| 103 | 18. 12. 1964 | <p>Vermerk des Rechtsanwalts Posser</p> <p>Nach Vorbereitung mit Bischof Kunst versucht Posser sein Mandat für Häftlingsentlassungen und Familienzusammenführungen gegenüber dem Vertreter des Generalstaatsanwaltes durchzusetzen.</p> | 207 |
| 104 | 19. 12. 1964 | <p>Oberst Kohoutek, Verwaltung Strafvollzug, an den Leiter der Abt. SV der BDVP, Leiter der SV-Einrichtungen, ZLA Radebeul</p> <p>Die zur Entlassung in den Westen anstehenden Häftlinge erhalten Ausfuhrgenehmigungen für die Konsumgüter, die sie von ihrem Arbeitslohn erworben haben.</p> | 210 |
| 105 | 21. 12. 1964 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange wendet sich gegen Possers Bestrebungen, mit denen er gegenüber Vogel und dem Generalstaatsanwalt der DDR versucht hat, ein eigenes Mandat zu begründen. Dieses Vorgehen belaste die laufenden Verhandlungen.</p> | 211 |

106	08. 01. 1965	Bericht des Oberregierungsrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende Rehlinger schildert die Praxis des BMG bei der teilweisen Erstattung von Fluchthilfekosten.	213
107	19. 01. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Generalvikar für das Bistum Berlin, Prälat Adolph Stange berichtet über den Stand der Verhandlungen, wonach eine Liste mit den Namen von 1112 Häftlingen an Vogel übergeben wurde.	215
108	21. 01. 1965	Schreiben des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Stibi an den Stellvertreter des Ministers des Innern Staatssekretär Grünstein Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz beabsichtigt, Haftanstalten der DDR zu besuchen.	216
109	02. 02. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange berichtet über ein Zwischenergebnis bezüglich der Auseise ehemaliger politischer Häftlinge, deren Familien sich im Westen befinden. Die DDR erwarte hierfür Barzahlungen.	217
110	08. 02. 1965	Schreiben des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Geißel, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Geißel legt die Abschlußrechnung über die Warenlieferungen der Jahresaktion 1964 vor.	218
110A–C		Anlagen 1–3	219
111	15. 02. 1965	Vermerk des Oberregierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Die DDR verzichtet bei den Familienzusammenführungen der Häftlinge auf Barzahlungen. Krautwig stimmt zu, hierfür ein noch offenstehendes Restguthaben zu verwenden.	221
112	15. 02. 1965	Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Mende an den Bundesminister der Finanzen Dahlgrün Der Bundestagsabgeordnete Brand bittet um Prüfung, ob privat aufgebrauchte Freikaufkosten erstattet oder steuerlich geltend gemacht werden können.	222
113	19. 02. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel benennt Voraussetzungen, unter denen die Entlassung weiterer Häftlinge möglich sei.	223
114	24. 02. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Die ersten Familienzusammenführungen von Häftlingen sind vereinbart. Die DDR sichere zu, eine weitere Namensliste für entsprechende Gegenleistung anzunehmen.	223

XLII *Verzeichnis der Dokumente*

115	02.03.1965	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange berichtet über den Zwischenstand der Jahresaktion 1965. Die DDR bestehe auf Einbeziehung der von ihr benannten Mittäter in den Häftlingsfreikauf und auf Durchführung eines Häftlingsaustauschs.</p>	224
116	19.03.1965	<p>Schreiben des Beauftragten des Schwedischen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, Svingel, an den Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Köppler</p> <p>Svingel schlägt dem ZDK die Durchführung einer besonderen Freikaufaktion (einschließlich Familienzusammenführungen) vor. Betroffen seien Personen, die nicht auf die üblichen Listen gelangten.</p>	226
117	25.03.1965	<p>Schreiben des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Noth, an den Minister des Innern der DDR, Dickel</p> <p>Die Landeskirche schildert die Situation getrennter Familien und bittet das MdI um Übersiedlungsgenehmigungen für eine Zusammenführung in der Bundesrepublik.</p>	229
118	27.03.1965	<p>Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an Rechtsanwalt von Wedel</p> <p>Die EKD lehnt eine Initiative von Wedels zum Häftlingsfreikauf ab. Die katholische Kirche habe auch die Anregung Svingels nicht weiterverfolgt, um die Aktion der Bundesregierung nicht zu gefährden.</p>	230
119	12.04.1965	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange berichtet über den Stand der Familienzusammenführung.</p>	232
120	23.04.1965	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange berichtet über den Stand der Verhandlungen der Jahresaktion: Die DDR halte an der Forderung nach einem Häftlingsaustausch und der Einbeziehung der Mittäter als Bedingungen für eine neue Freikaufaktion fest. Weitere Bedingung sei die Freilassung des in der Bundesrepublik verhafteten SED-Funktionärs Baier.</p>	232
121	23.04.1965	<p>Schreiben des Abteilungsleiters im Ministerium des Innern der DDR, Bergmann, an den Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Noth</p> <p>Das MdI vertritt den Standpunkt, daß eine Familienzusammenführung auch durch Rückübersiedlung in die DDR möglich sei.</p>	234
122	03.05.1965	<p>Vermerk des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing</p> <p>Bundespräsident Lübke sagt Unterstützung für Austauschpläne zu.</p>	235

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 123 | 07. 05. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst | 235 |
| | | Stange berichtet über den Stand der Verhandlungen der Jahresaktion. Die DDR sei zur Freilassung von 1200 Häftlingen bereit. Die Zahl der enthaltenen Mittäter werde geprüft. Mehrere Häftlinge würden ausgetauscht. Die Freilassungen sollen noch im Mai beginnen. | |
| 124 | 12. 05. 1965 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig | 237 |
| | | Bundeskanzler Erhard stimmt der Annahme des aktuellen Vorschlags der Anwälte und dem Beginn der Jahresaktion zu. Das BMF stellt 10 Mio. DM zur Verfügung. | |
| 125 | 12. 05. 1965 | Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst | 238 |
| | | Krautwig teilt die Zustimmung der Bundesregierung und den Beginn der Jahresaktion mit. Verträge über Warenlieferungen im Umfang von 10 Mio. DM könnten abgeschlossen werden, jedoch solle bei der Festlegung der Liefertermine darauf geachtet werden, keine Vorleistungen zu erbringen. | |
| 126 | 14. 05. 1965 | Schreiben des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Mitzenheim, an den stellvertretenden Leiter der Geschäftsstelle der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Oberkirchenrat Pabst | 239 |
| | | Bei der evangelischen Kirche werden weitere Fälle von Familienzusammenführung gesammelt. | |
| 127 | 20. 05. 1965 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig | 240 |
| | | Krautwig hält fest, daß erste Schritte des vereinbarten Häftlingsaustausches vollzogen seien. Weitere Häftlingsfreilassungen stünden bevor. U. a. sei bei der Verhandlung wirtschaftlicher Gegenleistungen der Wunsch der DDR nach Goldlieferungen zurückgewiesen worden. | |
| 128 | 31. 05. 1965 | Vermerk des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte | 241 |
| | | Bund und Länder stimmen Verfahrensregelungen für die Aufnahme und Betreuung ehemaliger politischer Häftlinge in der Bundesrepublik ab. Der Bund stellt den Ländern finanzielle Mittel zur Verfügung. | |
| 129 | 01. 06. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange | 243 |
| | | Vogel kündigt weitere Transporte an und weist auf das Erfordernis einer Einigung über die finanziellen Gegenleistungen oder einer neuen Abschlagszahlung hin. | |
| 130 | 13. 06. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange | 244 |
| | | Beide Seiten wünschen eine endgültige Einigung über wirtschaftliche Gegenleistungen, die DDR erwartet eine weitere abschließende Gutschrift in Höhe von 65 Mio. DM. Dafür sagt sie „großzügige Behandlung der einzelnen Fälle“ zu. | |

XLIV *Verzeichnis der Dokumente*

131	14.06.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Sehrig Nachdem Vogels Liquidationen nicht akzeptiert worden sind, lehnt er die Übernahme weiterer Gnadenverfahren ab und verweist darauf, daß er von der DDR im Zusammenhang der humanitären Bemühungen kein Honorar erhalte.	245
132	18.06.1965	Vermerk des Regierungsrats im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Priesnitz Priesnitz faßt die Erfahrungen der Länder bei der Eingliederung ehemaliger politischer Häftlinge in der Bundesrepublik zusammen. Schwierigkeiten hätten sich u. a. in Zusammenhang mit der Ausstellung von Haftbescheinigungen ergeben.	246
133	21.06.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel drängt auf eine Übergabe weiterer Namenslisten, damit die Häftlingsentlassungen nicht unterbrochen werden müssen.	251
134	22.06.1965	Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen Wehner Krautwig unterrichtet Wehner über den Stand der Jahresaktion 1965 sowie die Anzahl der noch in der DDR vermuteten politischen Häftlinge.	251
135	22.06.1965	Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Nach Erörterung der Verhandlungsposition und Erwartungen der DDR-Seite mit Bischof Kunst, hält Krautwig die weiteren Schritte fest: das BMB werde mit dem BMJ die Möglichkeit der Entlassung weiterer Häftlinge abstimmen, Kunst um eine Unterredung beim Bundeskanzler nachsuchen.	252
136	23.06.1965	Bericht des Staatssekretärs Krautwig an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende Krautwig berichtet über ein Gespräch von Bischof Kunst beim Bundeskanzler. Danach sei Erhard „geneigt“, die Häftlingsaktion auch bei einem Mehrbedarf in Höhe von 50 Mio. DM durchzuführen.	254
137	30.06.1965	Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Bundeskanzleramt und BMF stimmen der Erhöhung der materiellen Gegenleistungen für die Jahresaktion 1965 auf 60 Mio. DM zu.	254
138	03.07.1965	Schreiben des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Scharf, an den Bevollmächtigten des Rates, Bischof Kunst Die EKD bemüht sich darum, die Problematik der von ihren Eltern getrennt in der DDR lebenden Kinder in die Besonderen Bemühungen einzubeziehen.	255
139	03.07.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel mahnt die abschließende Einigung über den finanziellen Rahmen der Jahresaktion an; erst danach würden weitere Entlassungen fortgesetzt.	256

140	06. 07. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel mahnt erneut die abschließende Einigung über den finanziellen Rahmen der Jahresaktion an, verweist auf die bereits erfolgten 650 Haftentlassungen der laufenden Jahresaktion und sagt weitere Entlassungen und Familienzusammenführungen für den Fall einer weiteren Gutschrift zu. Die Gesamtsumme solle 60,6 Mio. DM betragen.	256
141	08. 07. 1965	Schreiben des Bischofs der Pommerschen Evangelischen Kirche, Krummacher, an den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Scharf Krummacher bittet Scharf um Hilfe bei Härtefällen von Kindern, die von ihren Eltern getrennt leben.	257
142	21. 07. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel bietet im Rahmen der Jahresaktion weitere Familienzusammenführungen für einen Betrag von 1,8 Mio. DM an. Zudem sei er bereit, in Einzelfällen von Kindern tätig zu werden, die von ihren Eltern getrennt leben.	258
143	23. 07. 1965	Vermerk des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Geißel Die DDR erhält Stahllieferungen im Wert von 10 Mio DM, davon ein Drittel aus dem westlichen Ausland.	258
144	23. 07. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange übermittelt den Zwischenstand der Jahresaktion 1965. U. a. dürften die Häftlinge eine Entlassung in den Westen frei wählen und mit ihren Familien ausreisen, ohne daß eine Gegenleistung gefordert werde.	259
145	27. 07. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel bietet an, die Übersiedlung von Kindern ohne Forderung einer Gegenleistung in die humanitäre Aktion einzubeziehen.	261
146	01. 08. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange drängt auf Gutschrift der ausstehenden Gesamtgutschrift.	262
147	04. 08. 1965	Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Krautwig verständigt sich trotz von ihm geäußelter politischer Bedenken mit Kunst und Wissing darauf, daß die Gesamtsumme in Höhe von 60 Mio. DM belassen, 20 Mio. DM jedoch zunächst zurückgehalten. Bei der Häftlingsauswahl sollen strenge Maßstäbe angelegt werden. Die Kirchen sollen die Vorstände der Bundestagsfraktionen informieren.	263
148	09. 08. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Stange kündigt eine weitere Gutschrift über 20 Mio. DM an.	264

XLVI *Verzeichnis der Dokumente*

149	11.08.1965	Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Leiter des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing Krautwig äußert Vorbehalte gegen Stange.	265
150	12.08.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel teilt die Anzahl der bislang auf eigenen Wunsch in die Bundesrepublik entlassenen Häftlinge mit. Die DDR erwarte für ihr Entgegenkommen Kompensationen im innerdeutschen Handel.	266
151	16.08.1965	Vermerk des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing Wissing hält Gründe für die Entscheidung von Häftlingen fest, in die DDR entlassen zu werden.	267
152	18.08.1965	Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an Rechtsanwalt Stange Bischof Kunst verhindert die Ausstrahlung einer Fernsehsendung über von ihren Eltern getrennte Kinder in der DDR.	268
153	31.08.1965	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange hält den Sachstand zu Fällen fest, die einer besonderen Klärung bedürfen („kriminelle“ sowie innerhalb der Aktion 1965 nicht lösbare Fälle).	269
154	08.09.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel erläutert die Mandate, die er außerhalb der Besonderen Bemühungen des BMG wahrnimmt, sowie weitere zunächst nicht lösbare Fälle.	272
155	12.09.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange übersendet Namenslisten der zur Entlassung vorgeschlagenen Häftlinge und erläutert auch die von der Aktion 1965 ausgenommenen Fälle ausländischer, krimineller und zurückgestellter Häftlinge.	273
156	15.09.1965	Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Die Kirchen verfolgen den Plan weiterer Familienzusammenführungen in größerem Maßstab und bitten um Bereitstellung von zusätzlichen 2,4 Mio. DM. Krautwig verweist auf die „Richtlinien der Politik“, die den Rahmen für Häftlingsfreikauf und Familienzusammenführungen bestimmen.	274
157	19.09.1965	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an die Oberkirchenrätin beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gräfin von Rittberg Stange berichtet über Fälle entlassener Häftlinge, die nicht den Kriterien der Bundesregierung entsprechen.	277

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 158 | 20. 09. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange
Angeichts praktischer Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten bei der Umsetzung von Namenslisten schlägt Vogel eine Unterbrechung der Haftentlassungen vor. | 278 |
| 159 | 06. 10. 1965 | Bericht des Referenten im Bundesministerium für Wirtschaft Kleindienst an Staatssekretär Langer
Kleindienst berichtet über die Zusammensetzung der Warenlieferungen an die DDR. Er verweist u. a. darauf, daß Abweichungen von der Interzonenhandelsstatistik die Geheimhaltung gefährden. | 279 |
| 160 | 12. 10. 1965 | Vermerk des Rechtsanwalts Stange
Stange faßt die bisherigen Ergebnisse der Jahresaktion 1965 bei der Freilassung von Häftlingen sowie bei der Familienzusammenführung und bei Kinderfällen zusammen. | 280 |
| 161 | 19. 10. 1965 | Schreiben des Generalbundesanwalts Martin an das Bundesministerium der Justiz, Justizrat Weber
Martin nimmt anlässlich dreier Einzelfälle grundsätzlich Stellung zum Austausch von Häftlingen, die wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit verurteilt sind. Insbesondere gefährdeten wiederholte Austauschaktionen den Staatsschutz. | 281 |
| 162 | 09. 11. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an den Leiter des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing
Vogel dankt Wissing für dessen Einsatz. | 284 |
| 163 | 15. 11. 1965 | Vermerk des Persönlichen Referenten des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Schierbaum
Schierbaum berichtet über Haftentlassungen, Familienzusammenführungen und Übersiedlungen von Kindern, die bisher mit den Aktionen 1964 und 1965 erreicht wurden. | 285 |
| 164 | 30. 11. 1965 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange
Die DDR schlägt als Gesamtvereinbarung für die Jahresaktion 1965 vor, 1550 Häftlinge für 60 Mio. DM freizulassen, sowie Familienzusammenführungen im Gegenwert von 2,9 Mio. DM einzubeziehen. Die Gutschrift über die noch ausstehenden 16,9 Mio. DM solle noch vor Weihnachten erfolgen. | 287 |
| 165 | 02. 12. 1965 | Vermerk des Rechtsanwalts von Winterfeld
Von Winterfeld bespricht mit Kaul eine modifizierte Bemessung wirtschaftlicher Gegenleistungen (Festlegung nach dem Grad der „Gesellschaftsschädlichkeit“ von Häftlingen und Verhandlung über „en-bloc-Liste“). | 288 |
| 166 | 07. 12. 1965 | Schreiben des Leiters der Suchdienst-Leitstelle im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, Wagner, an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst
Das DRK bietet seine Unterlagen über die von ihren Eltern getrennt lebenden Kinder zur Unterstützung der Aktivitäten der Kirchen an. | 289 |
| 167 | 14. 12. 1965 | Vermerk des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing
Wissing bewertet das bisherige Ergebnis der Jahresaktion 1965. | 290 |

XLVIII *Verzeichnis der Dokumente*

168	21. 12. 1965	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel faßt die Ergebnisse der Jahresaktion 1965 zusammen. Er betont die freie Wahl des Entlassungsortes für die freigekauften Häftlinge und den Verzicht der DDR auf Gegenleistungen für die Übersiedlung der Kinder.	292
169	Januar 1966	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange faßt die Ergebnisse der Jahresaktion 1965 zusammen.	293
170	18. 02. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Nachdem im Jahr 1965 zahlreiche Haftfälle hatten zurückgestellt werden müssen und weitere Fälle von Familienzusammenführung und Kinderübersiedlung zu lösen sind, ist die DDR zu einer Fortführung der humanitären Bemühungen bereit.	294
171	ohne Datum	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange skizziert den Umfang einer neuen Jahresaktion.	296
172	19. 03. 1966	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Vogel berichtet von Kontakten des DRK in der Bundesrepublik zum DRK in der DDR, wonach beabsichtigt sei, Familienzusammenführungen und Kinderübersiedlungen unmittelbar und ohne Beteiligung der Rechtsanwälte durchzuführen. Die Generalstaatsanwaltschaft unterbinde diese Versuche.	297
173	04. 04. 1966	Schreiben des Rechtsanwalts Kaul an den Minister für Staatssicherheit Mielke Kaul stellt fest, daß seine Bemühungen im Fall einer Kindesübersiedlung erfolglos bleiben.	299
174	19. 04. 1966	Vermerk des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing Nach einer Besprechung mit Zinke sowie Vogel und Stange skizziert Wissing den Umfang einer neuen Freikaufaktion, in die auch Häftlinge mit einem Strafmaß unter 5 Jahren einbezogen werden sollen. U. a. soll der umstrittene Fall einer Kindesübersiedlung vom Gesamtverfahren getrennt werden.	300
175	25. 04. 1966	Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, und des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing, an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Mende Die Kirchen üben Kritik an Presseveröffentlichungen über Häftlingsfreikauf und Familienzusammenführung und verweisen auf die Notwendigkeit strikter Vertraulichkeit.	301
176	04. 05. 1966	Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Mende an den Leiter des Katholischen Büros, Prälat Wissing Mende nimmt Stellung zum Vorwurf mangelnder Geheimhaltung und verweist auf seine Verantwortung gegenüber parlamentarischen Gremien.	303

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 177 | 09. 05. 1966 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig
Krautwig hält gegenüber Wissing fest, die Zuständigkeit für Warenbegleitscheine bei Lieferungen an die DDR liege beim BMWi. Für die Fortsetzung der Besonderen Bemühungen, wie sie seitens der Kirchen beabsichtigt sei, seien 25 Mio. DM erforderlich. | 304 |
| 178 | 11. 05. 1966 | Sprechzettel des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte für eine Sitzung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen
Das BMVt faßt die Erfahrungen von Bund und Ländern mit der Eingliederung der früheren politischen Häftlingen in der Bundesrepublik zusammen. | 305 |
| 179 | 13. 05. 1966 | Vermerk des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen
Nach Kenntnis des BND hat Vogel einem im Wege der Familienzusammenführung Ausgereisten „anheim gestellt“, ihm eine „geldliche Zuwendung“ als Zeichen des Dankes zukommen zu lassen. | 311 |
| 180 | 20. 05. 1966 | Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger
Die DDR hat ihre Bereitschaft erklärt, über den Freikauf weiterer Häftlinge in Verbindung mit einem Häftlingsaustausch zu verhandeln. | 312 |
| 181 | 24. 05. 1966 | Schreiben des Referenten im Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Priesnitz an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger
Das BMVt teilt Erfahrungen mit, die bei der Eingliederung ehemaliger Häftlinge gemacht wurden; Haftdauer und kriminelle Delikte seien bei der Auswahl der Personen nicht ausreichend beachtet worden. | 313 |
| 182 | 06. 06. 1966 | Schreiben des Leiters des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing, an den Intendanten des Zweiten Deutschen Fernsehens Holzamer
Die katholische Kirche versucht, eine Fernsehsendung über einen umstrittenen Sorgerechtsfall zu verhindern. | 315 |
| 183 | 07. 06. 1966 | Vermerk des Rechtsanwalts Stange
Stange hält ein Zwischenergebnis der bisherigen Verhandlungen für eine Jahresaktion 1966 fest. Es könne über 450 Häftlinge, 600 Familienzusammenführungen sowie über Kinderübersiedlungen bei Gegenleistungen in Höhe von 25 Mio. DM verhandelt werden. | 316 |
| 184 | 01. 07. 1966 | Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger
Rehlinger fordert Stange auf, Einzelfälle von Häftlingen zu klären (Namensänderung, Kriminelle). | 317 |

L *Verzeichnis der Dokumente*

185	22.07.1966	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an Staatssekretär Krautwig Das Honorar für Stange für die Jahresaktion 1966 wird der Gesamtsumme entnommen.	318
186	27.07.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel faßt den Stand der Verhandlungen nach Fallkategorien zusammen. U. a. erwarte die DDR die Einbeziehung von 200 Mittätern. Erste Freilassungen in den Westen könnten in wenigen Wochen erfolgen.	318
187	27.07.1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Mit Blick auf den unbefriedigenden Stand der Verhandlungen lehnt Rehlinger den Abschluß eines Vertrages über einen „Restbetrag“ ab, auf den die DDR gegenüber dem Diakonischen Werk gedrängt hat.	320
188	28.07.1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger widerspricht Vogels Bewertung der Häftlingsliste.	321
189	29.07.1966	Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange Rehlinger lehnt die von Vogel vorgeschlagene Häftlingsauswahl ab. Streitig sind die Bewertung der von der DDR als kriminell bezeichneten Häftlinge, die Zurückstellung zahlreicher Häftlinge sowie die Einbeziehung der Mittäter.	322
190	29.07.1966	Schreiben der Bundestagsabgeordneten Marie Elisabeth Klee an den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Johann Baptist Gradl Klee regt eine bessere Betreuung und Integration in den Westen entlassener Häftlinge an.	323
191	03.08.1966	Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Leiter des Katholischen Büros Bonn, Prälat Wissing Krautwig weist darauf hin, daß das Honorar Stanges für die Jahresaktion 1965 der zur Verfügung gestellten Gesamtsumme hätte entnommen werden müssen.	325
192	03.08.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Die DDR besteht auf der von ihr benannten Häftlingsauswahl, vornehmlich der Einbeziehung der Mittäter („conditio sine qua non“).	326
193	04.08.1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger bewertet die von Vogel erläuterte Häftlingsauswahl und den Verlauf der Verhandlungen. Der damit verbundenen ultimativen Forderung der DDR nach einem Häftlingsaustausch und der Lösung einer strittigen Kindesübersiedlung könne nicht entsprochen werden.	327
194	04.08.1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Die katholische Kirche setzt sich für die Annahme der Forderungen der DDR ein.	329

195	05. 08. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Krautwig hat festgelegt, daß bereits vereinbarte Warenlieferungen seitens des diakonischen Werks vor dem Hintergrund strittiger Verhandlungen aufzuhalten sind.	329
196	05. 08. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger faßt den Sachstand der seit Juni andauernden Verhandlungen zusammen.	330
197	07. 08. 1966	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange kommentiert die Häftlingsauswahl und den Stand der Verhandlungen. Es konnten Fortschritte in der Frage der zurückgestellten Fälle und der Mittäter erreicht werden. Die DDR sei wegen vermeintlich gebrochener Versprechen des Westens mißtrauisch.	332
198	08. 08. 1966	Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Nach einer Besprechung mit Vertretern der Kirchen im Bundeskanzleramt ist die Bundesregierung zur Einbeziehung von 72 Mittätern und weiteren Verhandlungen über die zurückgestellten Fälle bereit.	335
199	09. 08. 1966	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange hält Fortschritte bei den Verhandlungen mit Vogel fest, u. a. wurden erste Häftlingsfreilassungen vereinbart. Auch ein Häftlingsaustausch soll einbezogen werden.	336
200	16. 08. 1966	Vermerk des Geschäftsträgers des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Zinke Laut Zinke drängt Stange auf die Berücksichtigung weiterer Mittäter und hofft auf die Lösung zurückgestellter Fälle. Krautwig stimmt den angekündigten Freilassungen und den entsprechenden Gutschriften zu.	337
201	26. 08. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Nach einer Pressekampagne seitens der DDR wird der Austauschfall Bechtle aus den Verhandlungen herausgenommen.	338
202	30. 08. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Die Kirchen verwenden sich bei Mende erneut für die Einbeziehung weiterer Mittäter.	338
203	02. 09. 1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel kündigt weitere Häftlingstransporte sowie den Abschluß eines Austauschs und die Ausreise von Kindern an.	339
204	08. 09. 1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger BMJ und BND stimmen einem Austausch zu. Die technische Abwicklung wird festgelegt.	340

LII *Verzeichnis der Dokumente*

205	22.09.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel schlägt ein Verfahren vor, das die Nachvollziehbarkeit der Ausreisen zur Familienzusammenführung gewährleistet. Die Ausreise weiterer Kinder wird durch einen nach wie vor ungelösten Fall verhindert.	341
206	15.10.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel spricht widersprüchliche Presseveröffentlichungen im Zusammenhang mit Austauschfällen an. Unklare Sorgerechtsverhältnisse und Ausreisewünsche von Großeltern belasteten die Kinderübersiedlung.	343
207	24.10.1966	Schreiben des stellvertretenden Leiters der Geschäftsstelle der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Oberkirchenrat Pabst, an Rechtsanwalt von Wedel Pabst bittet von Wedel, erneut für Kinderübersiedlungen aktiv zu werden.	344
208	15.11.1966	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Rehlinger faßt den Sachstand der Jahresaktion 1966 zusammen. Häftlingsfreilassungen, Familienzusammenführung und Kinderübersiedlungen haben stattgefunden, u. a. wurden Verträge über Warenlieferungen in Höhe von 21,5 Mio. DM abgeschlossen.	345
209	21.11.1966	Schreiben des Vorstandsmitglieds der Daimler-Benz-Aktiengesellschaft Schleyer an den Persönlichen Referenten des Bundeskanzlers, Ministerialdirigent Seibt Schleyer verwendet sich für einen studentischen Fluchthelfer.	347
210	23.11.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange berichtet über den Stand der Jahresaktion 1966.	348
211	29.11.1966	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel schlägt eine Lösung für eine umstrittene Kindesübersiedlung vor.	349
212	02.12.1966	Schreiben des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Geißel, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Geißel berichtet abschließend über die Warenlieferungen der Jahresaktion 1965.	350
212A	24.11.1966	Anlage 1	351
213	06.12.1966	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Kuby informiert das BMG über Aktivitäten der Anwälte Vogel und Stange bei Freikäufen außerhalb der staatlichen Bemühungen.	352

214	15. 12. 1966	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Kunst und Krautwig verständigen sich über den weiteren Verlauf der Jahresaktion 1966. Die Familien der in den Westen entlassenen Häftlinge werden in die Familienzusammenführung einbezogen.</p>	353
215	20. 12. 1966	<p>Schreiben von Egon Bahr an den Stellvertreter des Bundeskanzlers, Brandt, den Bundesminister für Justiz, Heinemann, und den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Bahr befürwortet, ein Angebot Vogels bezüglich eines Häftlingsaustausches anzunehmen, damit Häftlingsaktion und Familienzusammenführung 1967 fortgesetzt werden können.</p>	354
216	20. 12. 1966	<p>Schreiben des Leiters der Berliner Redaktion des Magazins „Stern“, Kuby, an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Kuby bittet um eine Unterredung über den „Komplex Menschenhandel mit der DDR“.</p>	355
217	06. 01. 1967	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Rehlinger skizziert den Umfang einer neuen Jahresaktion 1967 mit voraussichtlichen Gegenleistungen in Höhe von 32 Mio. DM. Bei den Häftlingen seien v. a. Mitarbeiter des BND und Fluchthelfer betroffen. U. a. sei wie in den Vorjahren damit zu rechnen, daß über von der DDR vorgeschlagene Häftlinge verlässliche Informationen fehlen.</p>	356
218	17. 01. 1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel erläutert die Verhandlungsposition der DDR für eine neue Jahresaktion. U. a. schlägt er eine neue Häftlingskategorie HFZ vor. Wegen Spionage Verurteilte blieben bis zur Lösung des Falles Felfe zurückgestellt.</p>	358
219	18. 01. 1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange erläutert befürwortend das Angebot Vogels über eine neue Jahresaktion.</p>	360
220	19. 01. 1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Rehlinger nimmt zum Vorschlag Vogels über eine neue Jahresaktion Stellung. U. a. schlägt er aufgrund bisheriger Erfahrungen Modifikationen bei der Kontrolle erfolgter Familienzusammenführungen vor. Die Freilassung von Häftlingen, die nicht aus politischen Gründen verurteilt waren, solle nicht honoriert werden. Kinder sollten bei der Übersiedlung bis zum 18. Lebensjahr einbezogen werden.</p>	362
221	27. 01. 1967	<p>Schreiben des Bundesministers der Justiz, Heinemann, an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Heinemann bittet Kunst, die ausstehende Freilassung zweier in der Sowjetunion inhaftierter Studenten in Erinnerung zu bringen, die als Gegenleistung im Austausch Frenzels ausgehandelt war.</p>	364

LIV *Verzeichnis der Dokumente*

222	27.01.1967	Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an Rechtsanwalt Stange Kunst bittet Stange, die DDR-Seite an die Zusage der Sowjetunion zur Freilassung zweier inhaftierter Studenten zu erinnern.	365
223	23.02.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Ministerialdirigenten im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Gefaeller Rehlinger informiert über Aktivitäten des Berliner Senats zur Familienzusammenführung, Kinderübersiedlung und zum Häftlingsfreikauf.	365
224	08.03.1967	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger beschreibt den Umfang der Jahresaktion 1967 und geht nunmehr von Gegenleistungen im Wert von 25 Mio. DM aus.	368
225	15.03.1967	Vermerk des Leiters des Ministerbüros im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Weichert Weichert faßt die bisherigen Entwicklungen der Besonderen Bemühungen und die damit verbundenen Verfahrensweisen zusammen.	369
226	15.03.1967	Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, an Bundeskanzler Kiesinger Albertz bittet Kiesinger auf der Grundlage der bisherigen Verhandlungsergebnisse um Zustimmung zur Jahresaktion 1967, mit der Gegenleistungen in Höhe von bis zu 30 Mio. DM verbunden seien.	372
227	20.03.1967	Vermerk des Geschäftsträgers des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Zinke Die Kirchen verhandeln mit Vogel über die Erstellung von Namenslisten zur Familienzusammenführung.	373
228	21.03.1967	Bericht des Staatssekretärs Krautwig an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Nach einer Besprechung mit Kirchenvertretern prüft das BMF den weiteren Mittelbedarf, weist jedoch auf die Notwendigkeit einer Kabinettsentscheidung hin.	374
229	31.03.1967	Vermerk des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers Ein kurzer Weg von Ministerbüro (Weichert) zu Seantskanzlei (Völckers) soll gewählt werden, wenn schnelle politische Entscheidungen zur Steuerung von Anwaltskontakten erforderlich sind.	375
230	31.03.1967	Vermerk des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers Der Berliner Senat betont die politische Bedeutung, die in der unverzüglichen Aufnahme weiterer Verhandlungen über die Jahresaktion 1967 liegt und drängt auf baldige Übergabe der Häftlingslisten.	375
231	April 1967	Vermerk der Berliner Senatskanzlei Der Senat sieht sich und die Kirchen von der Erstellung der Häftlingslisten ausgeschlossen. Er kritisiert die „harte Linie“ Rehlingers und Krautwigs. Dieser mißtraue den Anwälten wegen der von ihnen getätigten „Privatgeschäfte“.	376

232	05. 04. 1967	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Rehlinger leitet mit Zustimmung Krautwigs die Listen über Familienzusammenführungen und politische Häftlinge an Vogel weiter.</p>	377
233	10. 04. 1967	<p>Schreiben des Hilfswerkes der Helfenden Hände Hamburg an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Das Hilfswerk unterrichtet Wehner über Verzögerungen bei zugesagten Familienzusammenführungen und bittet um die Einrichtung eines Fonds, aus dem Kredite für Fluchtschulden gezahlt werden können.</p>	378
234	20. 04. 1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Rehlinger nimmt Stellung zum Schreiben des Hilfswerkes der Helfenden Hände Hamburg. Die DDR erkläre die Verzögerung der Ausreisen mit erforderlichen Verwaltungsabläufen. Bezüglich der Fluchtschulden weist Rehlinger darauf hin, daß das BMG in Einzelfällen über den UFJ einen Teil der privat finanzierten Fluchtkosten auf Antrag erstattet.</p>	379
235	April 1967	<p>Vermerk der Berliner Senatskanzlei</p> <p>Die Senatskanzlei macht Vorschläge zur Verbesserung des Verhandlungsablaufes: Insbesondere solle ein kurzer Entscheidungsweg zwischen Senatskanzlei und Ministerbüro hergestellt werden, da die Steuerung der Anwaltskontakte eine „politische Führungsaufgabe“ sei.</p>	381
236	28. 04. 1967	<p>Vermerk des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers</p> <p>Weichert stimmt den Vorschlägen der Senatskanzlei zu. Wehner solle selbst die Steuerung des Anwaltskontakts übernehmen und eine Begegnung mit Vogel suchen.</p>	382
237	03. 05. 1967	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Rehlinger beanstandet die vorgelegten HFZ-Listen, da auf ihnen auch Bundesbürger mit vollständig verbüßter Haftstrafe und kriminelle Häftlinge aufgeführt seien. Vogel besteht auf Abwicklung der HFZ-Listen, um eine Unterbrechung der Haftentlassungen zu vermeiden.</p>	383
238	05. 05. 1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Für die bevorstehende Sitzung des Kabinettsausschusses für gesamtdeutsche Fragen unterrichtet Rehlinger den Minister über den Stand der Jahresaktion 1967.</p>	383
239	08. 05. 1967	<p>Vermerk des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers</p> <p>Völckers faßt den Stand der Verhandlungen zusammen. Eine Festlegung der Gegenleistungen auf einzelne Kategorien solle vermieden werden, um Stange Verhandlungsspielraum zu gewähren. Die DDR dränge auf eine Erhöhung der Gegenleistungen und bietet die kurzfristige Entlassung aller benannten politischen Häftlinge mit regulärem Strafende im Jahr 1967 an. Zudem könnten 1690 Familienzusammenführungsfälle sowie Kinderübersiedlungen genehmigt werden. Als Gegenleistung seien mindestens 30 Mio. DM vorzusehen.</p>	384

LVI *Verzeichnis der Dokumente*

240	11.05.1967	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Leiter des Katholischen Büros Bonn, Weihbischof Tenhumberg Stange berichtet den Kirchen über den Stand der Verhandlungen und bittet um die Zustimmung zum Vorschlag der DDR-Seite, einige vor regulärem Strafende stehende Häftlinge bald zu entlassen, da eine Gesamteinigung noch aussteht.	386
241	17.05.1967	Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange Rehlinger lehnt die Einbeziehung mehrerer Häftlinge, die kurz vor regulärem Strafende stehen, in die von der DDR angebotene Freilassungsaktion ab.	387
242	19.05.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger empfiehlt, ausgewählte Pressevertreter über die Hintergründe der bevorstehenden Freilassungsaktion zu unterrichten, um nachteilige Berichterstattung zu vermeiden.	388
243	22.05.1967	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel faßt die bisherigen Verhandlungsvorschläge zusammen. Insbesondere die Einbeziehung der Mittäter sei aus Sicht der DDR eine unerläßliche Bedingung. U. a. würden die wegen Spionage verurteilten Häftlinge zurückgestellt, da der Fall Felfe nach wie vor ungelöst sei.	388
244	22.05.1967	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange empfiehlt eine Intervention gegenüber dem ZDF, um die Ausstrahlung eines Dokumentarspielfilms über einen umstrittenen Fall von Kinderübersiedlung zu verhindern.	392
245	23.05.1967	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel bestreitet, daß eine Gegenleistung für zwei in der Sowjetunion inhaftierten Studenten bereits erbracht worden sei. Er bietet einen Austausch gegen Felfe an und stellt für diesen Fall auch die Freilassung einiger zurückgestellter Häftlinge in Aussicht.	393
246	26.05.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Leiter des Ministerbüros im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Weichert Rehlinger befürwortet das bisherige Verfahren bei der Erstellung von Häftlingslisten durch das BMG.	395
247	29.05.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger berichtet über den Stand der Besonderen Bemühungen in den Jahren 1966 und 1967. U. a. verweigere die DDR Familienzusammenführungen bei bestimmten Berufsgruppen (Ärzte, Diplomingenieure). Des weiteren verhindere der ungelöste Fall Felfe die Freilassung von BND-Mitarbeitern und Fluchthelfern.	397
248	14.06.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Das BMJ ist bereit, sich für die Begnadigung von Hans Clemens, eines Mitverurteilten im Fall Felfe einzusetzen. Die DDR biete im Gegenzug die Freilassung eines Fluchthelfers an.	398

249	15. 06. 1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange berichtet den Kirchen über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit Vogel über die Jahresaktion 1967 und veranschlagt den Bedarf für materiellen Gegenleistungen auf 40,7 Mio. DM.</p>	399
250	16. 06. 1967	<p>Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Rehlinger widerspricht der Forderung, die HFZ-Fälle den H-Fällen gleichzusetzen und kritisiert das ungünstige Verhältnis von Häftlingen mit langen und kurzen Haftstrafen.</p>	401
251	20. 06. 1967	<p>Vermerk des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers</p> <p>Völckers befürwortet die Zustimmung der politischen Führung zu dem erreichten Ergebnis und eine Gutschrift über 20 Mio. DM.</p>	401
252	21. 06. 1967	<p>Schreiben des Leiters der Berliner Senatskanzlei, Völckers, an Senator Spangenberg</p> <p>Völckers berichtet über die Abstimmung mit Weichert über das Verhandlungsergebnis und empfiehlt die Annahme des Vorschlags. Wehner wolle die Steuerung der Anwaltskontakte zur Zeit nicht selbst übernehmen.</p>	403
253	21. 06. 1967	<p>Schreiben des Direktors des Suchdienstes Hamburg des Deutschen Roten Kreuzes, Ohlsen, an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Der Suchdienst informiert das BMG über die Informationen, die ihm über Familienzusammenführungen vorliegen.</p>	404
254	22. 06. 1967	<p>Vermerk des Leiters der Geschäftsstelle der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Konsistorialrat Stolpe</p> <p>Stolpe hält fest, Vogel habe die schleppende Verhandlungsführung der Bundesregierung dafür verantwortlich gemacht, daß weitere Familienzusammenführungen bisher nicht genehmigt seien. Fortschritte seien erst für 1969 zu erwarten und weitere Fälle könnten vorerst nicht angenommen werden.</p>	405
255	23. 06. 1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Rehlinger informiert über das Ergebnis der Verhandlungen im Vergleich zu den Aktionen der Vorjahre. U. a. habe sich das Verhältnis von Häftlingen mit langen und kurzen Strafen nachteilig verändert. Auch blieben wegen Spionage verurteilte Häftlinge wegen des ungelösten Falles Felfe zurückgestellt. Er empfiehlt weitere Verhandlungen, um das Ergebnis zu verbessern und einige zurückgestellte Häftlinge einzubeziehen.</p>	405

LVIII *Verzeichnis der Dokumente*

256	28.06.1967	<p>Bericht des Staatssekretärs Krautwig an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner</p> <p>Krautwig unterrichtet Wehner über die Erörterung des Verhandlungsergebnisses mit Kirchenvertretern. Die DDR betrachte das Ergebnis als Gesamtpaket, und die Kirchen sähen keine Möglichkeit, eine Änderung zu erreichen, da es sich um eine politische Entscheidung handele. Krautwig befürwortet ein Gegenangebot, ohne daß die Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen zu befürchten sei.</p>	408
257	28.06.1967	<p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Stange listet das Ergebnis der Verhandlungen nach Fallzahlen auf.</p>	410
258	Juni 1967	<p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Stange berichtet über Verbesserungen der Situation in den Haftanstalten als Folge des Häftlingsfreikaufs seit 1963.</p>	411
259	03.07.1967	<p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Vor dem Hintergrund der bisherigen Jahresaktionen bewertet Krautwig das aktuelle Angebot der DDR. Insbesondere müsse das Verhältnis zwischen Häftlingen mit langen und kurzen Strafen verbessert werden. Wenngleich er die Auffassung der Kirchen teilt, daß ein günstigeres Verhandlungsergebnis zur Zeit nicht erreicht werden könne, empfiehlt er einen Gegenvorschlag.</p>	412
260	11.07.1967	<p>Bericht des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers an Senator Spangenberg</p> <p>Völckers spricht sich dafür aus, das Verhandlungsergebnis aus übergeordneten politischen Gründen anzunehmen. Krautwig solle bewegt werden, seine bisherige Haltung aufzugeben. Wegen Eilbedürftigkeit solle zusätzlich der Kabinettsausschuß für innerdeutsche Angelegenheiten und im Zweifel auch der Bundeskanzler unmittelbar eingeschaltet werden.</p>	415
261	12.07.1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Stange drängt auf eine Entscheidung über das Verhandlungsergebnis der Jahresaktion 1967. Er verweist auf technische Vorbereitungen der DDR, die mit Nachteil für die Betroffenen rückgängig gemacht werden könnten.</p>	418
262	13.07.1967	<p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Die Kirchen sprechen sich für eine Annahme des Verhandlungsergebnisses aus. Sie befürchten einen Abbruch der Anwaltskontakte mit negativen Folgen für die Kirchen in der DDR. Krautwig widerspricht dieser Folgerung.</p>	419
263	14.07.1967	<p>Schreiben des Bevollmächtigten des Landes Berlin, Senator Spangenberg, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Spangenberg befürwortet eine Annahme des Verhandlungsergebnisses. Ohne eine Einigung beim Häftlingsfreikauf, für den die Unterscheidung von Häftlingsgruppen nach dem Strafmaß keine entscheidende Bedeutung habe, drohten Familienzusammenführungen und Kinderübersiedlungen zu scheitern.</p>	420

264	17. 07. 1967	<p>Vermerk des Leiters des Staatssekretärbüros im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Baumgärtel</p> <p>Die Kirchen haben bei Strauß die Bereitstellung weiterer 20 Mio. DM erreicht. Krautwig läßt eine Häftlingsliste nach den bisher geltenden Richtlinien zusammenstellen.</p>	422
265	18. 07. 1967	<p>Bericht des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers an Regierenden Bürgermeister Albertz</p> <p>Vor dem Hintergrund des aktuellen Verhandlungsstandes schlägt Völckers vor: 20 Mio. DM sollen für den beabsichtigten Häftlingsfreikauf bereitgestellt werden; das Land Berlin werde (eventuell mit Unterstützung des Vizekanzlers Brandt) zusätzlich 6 Mill. DM für Familienzusammenführungen bei der Bundesregierung erwirken.</p>	423
266	19. 07. 1967	<p>Vermerk des Leiters des Staatssekretärbüros im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Baumgärtel</p> <p>Baumgärtel hält fest, Kiesinger habe gegenüber Krautwig der Bereitstellung von 20 Mio. DM für einen Häftlingsfreikauf grundsätzlich zugestimmt.</p>	424
267	20. 07. 1967	<p>Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium der Justiz Ehmke an den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes Knieper</p> <p>Angesichts wiederkehrender Schwierigkeiten bei der Durchführung des Austausches von Häftlingen in Verbindung mit dem Freikauf schlägt Ehmke eine Koordinierungsstelle vor, die aus je einem Vertreter des BMJ, des BMG sowie der beiden Kirchen bestehen solle; bei Bedarf könnten Vertreter des AA, der Senatskanzlei Berlin und des DRK hinzugezogen werden.</p>	425
268	21. 07. 1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Rehlinger erläutert das aktuelle Anbot der DDR Für 508 Häftlinge würden 17,7 Mio. DM gefordert. Weiter sei die DDR für einen Gegenwert von 6 Mio. DM bereit, 546 Personen noch im Jahr 1967 auf dem Weg der Familienzusammenführung ausreisen zu lassen. 77 Kinder hätten inzwischen eine Ausreisegenehmigung erhalten.</p>	429
269	21. 07. 1967	<p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Krautwig nimmt als Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin Stellung zum aktuellen Verhandlungsstand und stellt grundsätzliche Schwierigkeiten dar, die sich aus den Interessen der Kirchen, der Anwälte und des Berliner Senats ergeben.</p>	430
270	24. 07. 1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel übt Kritik an der „Verhandlungstaktik“ der Bundesregierung, erklärt „letztmalig“, daß die Aktion 1967 auf der Grundlage des vorliegenden Angebotes beginnen könne; und sagt die Erledigung aller noch offenen Familienzusammenführungen aus dem Jahr 1966 zu.</p>	432

LX *Verzeichnis der Dokumente*

271	24.07.1967	Weisung des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an Ministerialrat Rehlinger Krautwig übt Kritik an den Verhandlungen über die Jahresaktion 1967, bei der keine Verbesserungen erreicht worden seien und bittet um Darlegung, welche Fälle von Kurzbestraften einbezogen werden können.	434
272	25.07.1967	Protokoll der Sitzung des Staatssekretärausschusses für Fragen des geheimen Nachrichtenwesens und der Sicherheit (Auszug) Der Staatssekretärausschuß beschließt die Einrichtung eines Koordinierungsausschusses, der über Fragen des Häftlingsaustausches berät und aus Vertretern des Bundeskanzleramtes, des BMJ und des BMG besteht.	435
273	25.07.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Rehlinger erläutert, warum das erste Angebot der DDR bei den Verhandlungen für die Jahresaktion 1967 einen vergleichsweise hohen Anteil von Häftlingen mit kurzer Haftdauer enthielt. Hintergrund waren Verhandlungen der Anwälte über eine Sonderaktion (vorzeitige HFZ-Freilassungen) im März 1967, über die der BMG nicht informiert war.	435
274	26.07.1967	Schreiben des Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund, Senator Spangenberg, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Spangenberg spricht sich für die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus, von besonderer Bedeutung sei dabei die Familienzusammenführung. Zugleich sei die Grundlage für eine weitere Aktion 1968 geschaffen.	437
275	26.07.1967	Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund, Senator Spangenberg Krautwig widerspricht Spangenbergs Beurteilung der Anwaltskontakte und verweist darauf, daß Aktionen, die ohne Kenntnis des BMG abgewickelt worden seien, die schwierige Verhandlungssituation verursacht hätten.	438
276	26.07.1967	Bericht des Leiters der Berliner Senatskanzlei Völckers an den Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund, Senator Spangenberg Völckers erläutert die Verantwortlichkeit für 78 Häftlinge (HFZ-Fälle), die nach der Aktion 1966 ohne Wissen des BMG nach West-Berlin freigelassen worden waren. Der Berliner Senat war über die Verhandlungen unterrichtet und billigte sie, um einen Abbruch der Kontakte zu vermeiden.	440
277	28.07.1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger für den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Nach weiteren Gesprächen mit Kirchenvertretern und Vogel schlägt Rehlinger ein Kompromißangebot vor, wonach die DDR für insgesamt 508 Häftlinge 1300 Familienzusammenführungsfälle mit einem wirtschaftlichen Gegenwert von 30 Mio. DM rechnen kann.	441

278	28.07.1967	<p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Die DDR lehnt das Kompromißangebot ab und verweist u. a. darauf, daß die veränderte Relation von Lang- und Kurzbestraften auf eine geänderte Urteilspraxis in der DDR zurückzuführen sei, die für identische Delikte kürzere Strafen verhängt.</p>	443
279	01.08.1967	<p>Vermerk der Berliner Senatskanzlei</p> <p>Nachdem die Erwartungen der DDR im Ergebnis um 3 Mio. DM über dem Verhandlungsangebot der Bundesregierung liegen, schlägt der Berliner Senat vor, jede Seite solle auf 1,5 Mio. DM verzichten. Berlin biete an, 500 000 DM zu übernehmen. Eine Nichteinigung bedeute einen Abbruch der Kontakte.</p>	444
280	03.08.1967	<p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Vogel habe die Bereitschaft der DDR erklärt, nach Überprüfung der Häftlingsliste auf 300 000 DM zu verzichten. Sie sei darüber hinaus bereit, eine Pauschalierung zu akzeptieren und erwarte für den Komplex der Häftlingsfreilassungen 16,5 Mio. DM.</p>	445
281	09.08.1967	<p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Die Kirchen sprechen sich entgegen Krautwigs Vorschlag für die Annahme des bisher erreichten Ergebnisses aus und bitten um die Bereitstellung von 31,75 Mio. DM.</p>	447
282	11.08.1967	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Kiesinger stimmt der Annahme des Verhandlungsergebnisses zu. Insbesondere die fristgerechte Umsetzung der Familienzusammenführungen solle geprüft werden.</p>	448
283	16.08.1967	<p>Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst</p> <p>Krautwig widerspricht der Darstellung des Bischofs Kunst, er sei über die Sonderaktion im März 1967 der Anwälte informiert gewesen (vorzeitige HFZ-Freilassungen).</p>	449
284	17.08.1967	<p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig</p> <p>Auf Initiative Krautwigs übernimmt es das BMG in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat, Stange unmittelbar Weisungen zu erteilen. Formale Auftraggeber bleiben die Kirchen.</p>	450
285	17.08.1967	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel berichtet über den Stand der 1966 vereinbarten Familienzusammenführungen und kündigt weitere Übersiedlungen bis in das Jahr 1968 an. Er definiert HFZ-Fälle als Häftlinge, die nach voller Strafverbüßung unmittelbar in den Westen entlassen werden.</p>	451

LXII *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|------------|--|-----|
| 286 | 17.08.1967 | Bericht des Oberregierungsrats Wallach an den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte Gradl

Wallach stellt die bisherigen Freilassungen politischer Häftlinge in die Bundesrepublik und die technische Organisation der Bustransporte sowie des Notaufnahmeverfahrens in Gießen dar. | 452 |
| 287 | 21.08.1967 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange

Vogel protestiert gegen „amtlich gezielte“ Verlautbarungen des BMG an die Presse und drängt auf Geheimhaltung von Häftlingsfreikauf und Bustransporten. | 455 |
| 288 | 23.08.1967 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig

Vor dem Hintergrund eines aus seiner Sicht nicht befriedigenden Verhandlungsergebnisses im Jahr 1967, zu dem maßgeblich die Kirchen beigetragen hätten (Gleichstellung von Häftlingen mit langen und kurzen Strafen), soll das BMG künftige Verhandlungen in „eigener Regie“ übernehmen. | 456 |
| 289 | 23.08.1967 | Schreiben des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zieger, an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger

Das Diakonische Werk teilt vereinbarte Warenlieferungen an die DDR sowie Zahlungsstermine mit. | 458 |
| 290 | 21.09.1967 | Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger

Rehlinger begründet das Honorar für Stange. | 459 |
| 291 | 21.09.1967 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange

Die DDR droht aufgrund von Presseveröffentlichungen damit, Häftlingen künftig nicht mehr die wahlweise Entlassung in den Westen anzubieten. | 460 |
| 292 | 26.09.1967 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel

Die Bundesregierung ist zu Verhandlungen über etwaige Fälle des Häftlingsaustauschs nur bereit, wenn die DDR den von ihr übernommenen Verpflichtungen zur Familienzusammenführung nachkommt. | 461 |
| 293 | 25.10.1967 | Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig

Kunst informiert Krautwig über die Absicht, einen in der DDR wegen Wirtschaftsspionage verurteilten Hochschullehrer freizukaufen, nachdem die DDR einen seitens des BMJ vorgeschlagenen Austausch gegen einen in der Bundesrepublik wegen Spionage Verurteilten abgelehnt hatte. Fehlende Mittel beabsichtige er selbst zu beschaffen. | 462 |

294	27.10.1967	Vorlage des Ministerialdirektors von Zahn an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Von Zahn schlägt Regelungen bezüglich Zuständigkeit, Organisation und Ablauf bei zukünftige Aktionen vor mit dem Ziel, die koordinierende Rolle des BMG zu stärken. Neben der Abgrenzung zwischen BMG (Freilassung) und BMJ (Austausch) solle der Abteilungsleiter II des BMG mit der Wahrnehmung der Häftlingsaktionen beauftragt werden. Stange solle unmittelbar ein Mandat des BMG erhalten, während die Kirchen v. a. an der praktischen Umsetzung der Gegenleistungen beteiligt blieben. Die Kategorisierung der Häftlinge sollte zugunsten einer Einzelfallbetrachtung aufgegeben werden.	463
294A	ohne Datum	Stellungnahme des Rechtsanwalts Stange Stange nimmt zu den Vorschlägen von Zahns Stellung.	465
295	07.11.1967	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Als Konsequenz der Bedeutung, die der Anwaltskontakt für die humanitären Bemühungen gewonnen habe, befürwortet Rehlinger organisatorische Veränderungen, insbesondere solle Stange ein unmittelbares Mandat des BMG erhalten.	466
296	23.11.1967	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Von Wedel berichtet von der Absicht Scharfs, eine Sonderaktion zur Häftlingsfreilassung anlässlich des Weihnachtsfestes vorzubereiten. Der Gegenwert für 20 Häftlinge solle von der evangelischen Kirche bar bezahlt werden.	468
297	29.11.1967	Schreiben des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland Geißel an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Geißel informiert über die Abwicklung der für die Jahre 1966 und 1967 vereinbarten Lieferungen.	470
297A		Anlage 1 Aufstellung der Warenlieferungen	471
298	08.12.1967	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel erinnert an die Lösung des Falles Felfe noch vor Weihnachten. Als Vorbedingung habe die DDR ihre Verpflichtungen aus der Jahresaktion 1966 vollständig erfüllt.	472
299	11.12.1967	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger empfiehlt, die von der DDR geforderte Freilassung Felfes abzulehnen.	474
300	12.12.1967	Vermerk des Leiters des Büros für Gesamtberliner Fragen beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Völckers Völckers formuliert Grundzüge einer künftigen Vereinbarung zum Ausgleich von Unterhaltsleistungen zwischen Bundesrepublik und DDR.	476
300A		Anlage	480

LXIV *Verzeichnis der Dokumente*

301	14. 12. 1967	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange faßt seine Verhandlungen mit Vogel zusammen, in deren Mittelpunkt der Fall Felfe steht, aus Sicht der DDR eine „conditio sine qua non“ für die Lösung weiterer Austauschfälle wie auch weiterer Kinderübersiedlungen.	485
302	14. 12. 1967	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger nimmt Stellung zu dem von Stange berichteten Verhandlungsstand; Spangenberg wolle mit Ehmke klären, ob eine Begnadigung Felfes weiterhin ausgeschlossen sei.	486
303	15. 12. 1967	Bericht des Ministerialrats Rehlinger für den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Rehlinger erläutert die Honorargestaltung Stanges.	488
304	15. 12. 1967	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst Stange berichtet über den Zwischenstand der Jahresaktion 1967. Im Bereich der Familienzusammenführungen träten Verzögerungen auf, die teilweise den Betroffenen selbst angelastet werden. 400 Übersiedlungen von Kindern seien genehmigt.	489
305	18. 12. 1967	Schreiben des Ministerialdirigenten Gefaeller an den Ministerialdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Weirauch Aus grundsätzlichen politischen Erwägungen werden Kosten für Flucht und Fluchthilfe seitens der Bundesregierung nicht in voller Höhe erstattet. Mit der Einzelfallprüfung ist das Hilfskomitee für politische Flüchtlinge des UFJ betraut.	490
306	15. 01. 1968	Vermerk des Leiters des Büros für Gesamtberliner Fragen beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, Völckers Die dpa verzichtet auf Berichterstattung über den Häftlingsfreikauf.	492
307	21. 01. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange beurteilt das Ergebnis der Besonderen Bemühungen 1967; für eine Aktion 1968 werde die Lösung des Falles Felfe ausschlaggebend sein.	493
308	29. 01. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger bewertet das Ergebnis der Besonderen Bemühungen 1967 und benennt Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung 1968.	495
309	13. 02. 1968	Vermerk des Geschäftsträgers des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Zinke Zinke erörtert mit Rehlinger die Bewertung der Gesamtaktion 1967 sowie die Möglichkeiten einer Fortsetzung.	497
310	16. 02. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger befürwortet die Einbeziehung des Falles Felfe in die Besonderen Bemühungen unter bestimmten Voraussetzungen (u. a. Freilassung dreier in der UdSSR inhaftierter deutscher Staatsbürger sowie von BND-Mitarbeitern)	499

311	26. 02. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger verständigt sich mit den Kirchen und dem Berliner Senat über die Fortführung der Besonderen Bemühungen.	500
312	28. 02. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Nach Gesprächen Vogels in Bonn gehe die DDR von einer Klärung des Falles Felfe aus. Unabhängig davon bestehe Einverständnis mit einer Aktion 1968.	501
313	01. 03. 1968	Weisung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Wehner an Ministerialdirektor Kreuzer Wehner hat mit Kunst und Tenhumberg das weitere Vorgehen abgestimmt. U. a. solle mit dem BMJ die Lösbarkeit des Falles Felfe geklärt werden, damit eine Aktion 1968 möglich wird.	502
314	01. 03. 1968	Schreiben des Ministerialrats Rehlinger an den Ministerialdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Kreuzer Rehlinger schlägt nächste Verfahrensschritte vor (Zusammenstellung der Häftlingslisten, Abstimmung mit dem BMJ).	503
315	14. 03. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Auf Weisung Wehners werden Häftlingslisten mit dem Berliner Senat abgestimmt und an Vogel weitergeleitet. Eine neue Fallgruppe (FH) betrifft Häftlinge, die noch im Jahr 1968 entlassen werden könnten.	504
316	21. 03. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Die Bundesregierung wird den Fall Felfe prüfen und ist zu einer neuen Häftlingsaktion bereit, wobei sie an die Abwicklung der noch offenen Fälle aus der Aktion 1967 erinnert.	505
317	29. 03. 1968	Schreiben des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Geißel, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Krautwig Geißel weist die Warenlieferungen der Jahresaktion 1967 nach.	506
317A		Anlage 1	507
318	10. 04. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Stange berichtet über den Stand der Verhandlungen, die DDR dränge v. a. auf eine Lösung des Falls Felfe.	508
319	10. 04. 1968	Schreiben des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Kunst, an den Bundesminister der Justiz Heinemann Kunst setzt sich für die Begnadigung Felfes ein, damit die Fortführung der Besonderen Bemühungen nicht gefährdet wird.	509
320	11. 04. 1968	Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange Rehlinger bittet Stange, sich mit Nachdruck v. a. zugunsten dringender Fälle von Kindern einzusetzen.	510

LXVI *Verzeichnis der Dokumente*

321	11. 04. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Anlässlich der Abrechnung der Aktion 1967 erhebt die DDR finanzielle Nachforderungen.	511
322	17. 04. 1968	Vermerk des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Reinhard Gehlen Gehlen spricht sich gegen eine vorzeitige Haftentlassung Felfes aus.	512
323	19. 04. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Nachdem Stange die Umsetzung zugesagter Familienzusammenführungen als Voraussetzung für eine Lösung des Falles Felfe gefordert hat, erklärt Vogel, Wehner habe die Begnadigung ohne diese Bedingung in Aussicht gestellt.	513
324	07. 05. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Für eine bevorstehende Sitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Angelegenheiten macht Rehlinger Vorschläge, die umfassende Fortschritte für die Bereiche Familienzusammenführung und Kinderübersiedlung bewirken sollen (z. B. Auszahlung von Mündelgeldern).	514
324A	20. 03. 1968	Anlage 1: Familienzusammenführung zwischen SBZ und BRD (1961–1967)	517
324B	ohne Datum	Anlage 4: Wissenswertes bei Anträgen auf Familienzusammenführung und die rechtliche Situation in Mitteldeutschland	518
325	07. 05. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Das BMG bekräftigt die Klärung der offenen Familienzusammenführungen aus dem Jahr 1967 als Vorbedingung einer Klärung des Falles Felfe. Stange soll ein unmittelbares Mandat der Bundesregierung in der Mündelgeldfrage erhalten.	522
326	08. 05. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Anlässlich einer Rücksprache mit Tenhumberg weist Stange darauf hin, eine Lösung des Falles Felfe könne erst nach Klärung der offenen Familienzusammenführungsfälle erfolgen.	523
327	08. 05. 1968	Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange Rehlinger bittet Stange, gegenüber Vogel erneut die zugesagten Familienzusammenführungsfälle des Jahres 1967 anzumahnen.	524
328	17. 05. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel nimmt Stellung zum Stand der Familienzusammenführungen und Kinderübersiedlungen und verweist auf das bisherige Fehlen einer „klaren Reaktion“ im Fall Felfe.	524
329	21. 05. 1968	Vermerk des Geschäftsträgers des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Berlin, Prälat Zinke Stange informiert Zinke über den Sachstand bei seinen Verhandlungen mit Vogel über Familienzusammenführungen.	526

- | | | | |
|------|------------|---|-----|
| 330 | 27.05.1968 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel
Stange berichtet Wetzel über den Stand der Verhandlungen mit Vogel. Eine Ablehnung der Begnadigung Felfes könne den Abbruch der Kontakte bedeuten. | 527 |
| 331 | 29.05.1968 | Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel
Die DDR ist laut Vogel zu einem Häftlingsaustausch bereit, erkläre allerdings die Lösung des Falles Felfe zur Vorbedingung für Häftlingsentlassungen und Familienzusammenführungen. Rehlinger und Stange sehen keinen Verhandlungsspielraum mehr. | 529 |
| 332 | 06.06.1968 | Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner
Rehlinger analysiert die Interessenlage der DDR und die weiteren Perspektiven der Besonderen Bemühungen. Während die Gruppe der politischen Häftlinge mit längeren Haftstrafen auf etwa 150 Personen geschrumpft sei, stellten die Ausreisemöglichkeiten im Rahmen der Familienzusammenführung ein politisches Risiko dar, was zu einer restriktiven Genehmigungspraxis geführt habe. Das materielle Interesse der DDR an wirtschaftlichen Gegenleistungen spiele eher eine untergeordnete Rolle ebenso wie der Fall Felfe. | 531 |
| 333 | 13.06.1968 | Vermerk des Rechtsanwalts Stange
Vogel habe einen „Waffenstillstand“ und den sofortigen Beginn von Häftlingsentlassungen und Familienzusammenführungen vorgeschlagen. | 533 |
| 334 | 14.06.1968 | Vermerk des Ministeriums für Staatssicherheit
Hauptthema einer Besprechung Wehners mit Vogel sei neben Beauftragung und Rolle Stanges die Lösung des Falles Felfe gewesen. Auch habe Wehner Wert auf die generelle Bereitschaft der DDR zu weiteren Familienzusammenführungen gelegt. | 535 |
| 335 | 28.06.1968 | Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, an den Bundesminister für Wirtschaft Schiller
Wehner bittet um die devisa-rechtliche Genehmigung für den Mündelgeldtransfer. | 538 |
| 336 | 01.07.1968 | Vermerk des Rechtsanwalts Stange
Stange hält den aktuellen Verhandlungsstand fest. U. a. habe die DDR baldige Entlassungen gegen eine Abschlagszahlung sowie die Beschleunigung der noch ausstehenden Familienzusammenführungen zugesagt. Sie sei zudem bereit, schwer bestrafte Häftlinge gegen wirtschaftliche Leistungen im Jahr 1969 zu entlassen. | 539 |
| 336A | 01.07.1968 | Erläuterungen des Rechtsanwalts Stange zum Vermerk
Stange geht von der baldigen Entlassung von 600 Häftlingen aus und befürwortet eine Abschlagszahlung in Höhe von 15 Mio. DM. | 540 |
| 337 | 02.07.1968 | Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, an Bundeskanzler Kiesinger
Wehner bittet um Entscheidung zugunsten einer Begnadigung Felfes, damit Häftlingsentlassung und Familienzusammenführung fortgesetzt werden können. | 541 |

LXVIII *Verzeichnis der Dokumente*

338	04.07.1968	<p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel</p> <p>Wetzel legt das Ziel der Freikaufaktion 1968 fest, in deren Mittelpunkt v. a. Häftlinge stehen, die wegen Fluchthilfe und versuchter Republikflucht sowie nachrichtendienstlicher Tätigkeit verurteilt sind. Für 800 Häftlinge würden Mittel in Höhe von 32 Mio. DM benötigt.</p>	542
339	06.07.1968	<p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Stange hat Wehner über den aktuellen Verhandlungsstand berichtet. Wehner befürworte eine Abschlagszahlung; auch solle versucht werden, schwerstbestrafte Häftlinge zu einem ein höherer Preis als üblich zur Entlassung zu bringen. Im Falle einer Erteilung eines weiteren Mandats an Stange sei dieser dem Minister oder dem Staatssekretär unmittelbar berichtspflichtig.</p>	543
340	09.07.1968	<p>Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts Carstens an den Bundesminister der Justiz Heinemann</p> <p>Vor einer Entscheidung im Fall Felfe wird Kiesinger den Generalbundesanwalt und den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes beteiligen.</p>	545
341	12.07.1968	<p>Vermerk des Ministerialdirigenten im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Gefaeller</p> <p>Das BMF hat 32 Mio. DM für die Freikaufaktion 1968 freigegeben. U. a. habe sich Wehner für die lebenslänglich Bestraften eingesetzt; der DDR-Seite müsse deutlich gemacht werden, daß man im Fall Felfe bemüht bleibe. Wehner habe gebeten, eine Gutschrift von 15 Mio. DM zu erteilen.</p>	545
342	19.07.1968	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Nachdem die Verhandlungen Geißels mit der DDR über Warenlieferungen unterbrochen werden mußten, weil die DDR eine bedingungslose Gutschrift in Höhe von 15 Mio. DM verlangt hatte, stellt Rehlinger fest, daß Verhandlungsergebnisse Voraussetzung für eine Gutschrift bleiben.</p>	548
343	22.07.1968	<p>Schreiben des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Rehlinger unterrichtet Stange über Stand und Voraussetzungen der Verhandlungen Geißels.</p>	549
344	24.07.1968	<p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Der Beginn der Häftlingsentlassungen sei gefährdet, nachdem Lieferverträge wegen der fraglichen Gültigkeit einer Gutschrift von 15 Mio. DM. nicht abgeschlossen werden konnten.</p>	550
345	31.07.1968	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Rehlinger erteilt Geißel die Zustimmung zum Abschluß von Lieferverträgen. Späte Liefertermine sollen eine Vorleistung der Bundesrepublik verhindern.</p>	550

346	01. 08. 1968	Schreiben des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Krautwig, an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Nach einem Gespräch mit Kunst rügt Krautwig die Rolle der Kirche bei der Durchführung des Häftlingsfreikaufs, insbesondere auch die Praxis Geißels und Stanges.	551
347	06. 08. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Die Bundesregierung und der Berliner Senat verständigen sich über eine Vereinbarung zum Mündelgeldausgleich. Stange wird mit dem Mandat zu Verhandlungen mit Vogel beauftragt.	552
348	07. 08. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Stange mahnt die Fortsetzung der Familienzusammenführung an.	553
349	07. 08. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger nimmt zu den Vorwürfen Krautwigs gegen Stange Stellung. Er schlägt die Unterrichtungen der Kirchen und des Landes Berlin vor.	554
350	14. 08. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Aufgrund einer neuerlichen Presseveröffentlichung über politische Strafurteile in der DDR bittet Vogel, weitere derartige Berichte zu verhindern.	555
351	16. 08. 1968	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange berichtet Wetzel über den Verhandlungsstand (Häftlingsaktion, Familienzusammenführung, Kinderfälle und Mündelgelder).	556
352	20. 08. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Rehlinger nimmt Stellung zum Bericht Stanges über den Verhandlungsstand. U. a. komme die DDR den 1967 abgeschlossenen Vereinbarungen zur Familienzusammenführung nicht nach, wofür der ungelöste Fall Felfe nicht ausschlaggebend sein könne.	558
353	04. 09. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel bittet dringend um die Lösung des Falles Felfe und droht mit dem Abbruch der Häftlingsentlassungen und des Anwaltskontaktes.	560
354	06. 09. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger schlägt vor, mit Stange ein Grundsatzgespräch über den Fall Felfe in Anwesenheit Spangenberg's zu führen.	560
355	10. 09. 1968	Weisung des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Wehner an Ministerialrat Rehlinger Wehner mißbilligt Presseveröffentlichungen über eine Haftentlassung. Er stimmt der Notwendigkeit eines Grundsatzgesprächs im Fall Felfe zu.	561

356	16.09.1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger bewertet den Stand der Besonderen Bemühungen vor dem Hintergrund des noch ungelösten Falles Felfe. U. a. halte die DDR Zusagen bezüglich Familienzusammenführungen nicht ein. Versuche der DDR, über von Stange vermittelte private Freikaufaktionen Barzahlungen als Gegenleistung zu erreichen, seien grundsätzlich zu verhindern.	562
357	01.10.1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Eine Vorleistung des Landes Berlin von 2 Mio. DM ermöglicht den Beginn des Mündelgeldtransfers in die DDR. Stange versucht zuvor, eine Zusicherung der DDR zu erhalten, daß den Unterhaltsberechtigten zustehende Beträge ausgezahlt werden.	566
358	01.10.1968	Schreiben der Vorprüfungsgruppe B I an die Abteilung III A im Bundesamt für Verfassungsschutz Das BfV stellt das Transport- und Notaufnahmeverfahren für entlassene Häftlinge dar und analysiert Haftgründe und Inhaftierungszeiten sowie den Anteil der verbüßten Strafzeit. Mehrere Häftlinge hätten einen Anwerbeversuch durch das MfS angegeben.	567
359	02.10.1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Die DDR ist erst nach schriftlicher Bestätigung einer Entlassung Felfes zu Verhandlungen über zurückgestellte Häftlingsfälle bereit.	571
360	03.10.1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Stange berichtet, die DDR bestehe auf strikter Geheimhaltung der Umstände des Mündelgeldausgleichs und versichere, die Mündelgelder an die Unterhaltsberechtigten in der DDR im Verhältnis 1:1 auszuzahlen. Auch sage sie eine veränderte Rechtspraxis zu.	571
361	07.10.1968	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Stange widerspricht der Darstellung Vogels zu Presseberichten in der Bundesrepublik über Häftlingsentlassungen.	572
362	14.10.1968	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an Rechtsanwalt Vogel Stange versichert, im Fall Felfes gebe es ernste Bemühungen eine Lösung zu erreichen, und bittet um Erörterung weiterer Verhandlungsthemen (insbesondere zurückgestellte Häftlingsfälle).	573
363	16.10.1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger analysiert den Zwischenstand der Besonderen Bemühungen des Jahres 1968.	574
363A		Anlage Einzelfall	576
364	Nov. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger stellt die seit 1963 gezahlten Gegenleistungen sowie die Fallzahlen von Häftlingen, Familien und Kindern zusammen.	577

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 365 | 04.11.1968 | <p>Vermerk des Rechtsanwalts Stange</p> <p>Vogel kündigt den Abbruch der Häftlingsfreilassungen sowie die Beendigung der Familienzusammenführungen und der Verhandlungen über Mündelgeldverrechnung und Kinderübersiedlung an, solange die Bundesregierung nicht über eine Freilassung Felfes entschieden habe.</p> | 578 |
| 366 | 06.11.1968 | <p>Schreiben des Direktors im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland Geißel an den Ministerialdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Weirauch</p> <p>Das Oberrechnungsamt der EKD hat die Prüfung der Rechnungen über die Sonderaktionen 1966 und 1967 bestätigt.</p> | 579 |
| 367 | 06.11.1968 | <p>Bericht des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger an Staatssekretär Wetzel</p> <p>Angesichts der verhärteten Haltung der DDR im Fall Felfe betrachtet Rehlinger die Bundesregierung als in humanitären Fragen erpreßbar.</p> | 580 |
| 368 | 08.11.1968 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel bestätigt das Angebot der DDR über Gegenleistungen für eine Freilassung Felfes, die seitens der Bundesrepublik zugesagt worden waren. Würde diese Zusage nicht eingehalten, werde die DDR nicht nur die humanitären Bemühungen sondern auch den Anwaltskontakt abbrechen.</p> | 581 |
| 369 | 11.11.1968 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Stange bestreitet, eine Begnadigung Felfes in Aussicht gestellt zu haben.</p> | 582 |
| 370 | 14.11.1968 | <p>Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel</p> <p>Vor dem Hintergrund der Verhandlungen im Jahr 1968 erörtert Rehlinger die Auswirkungen, welche die Begnadigung Felfes oder deren Ablehnung auf Häftlingsfreikauf, Familienzusammenführung und Kinderübersiedlung haben könnte. Trotz gegenwärtiger Unklarheiten werde die DDR aufgrund der von ihr angestrebten wirtschaftlichen Vorteile auch Interesse am Weiterbestehen des Anwaltskontakts haben.</p> | 582 |
| 371 | 15.11.1968 | <p>Schreiben des Direktors des Suchdienstes Hamburg des Deutschen Roten Kreuzes Ohlsen an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger</p> <p>Das DRK berichtet über wenige Fälle von genehmigten Familienzusammenführungen, Ausreisen von Kindern seien nicht bekannt geworden</p> | 585 |

372	29. 11. 1968	Schreiben des Direktors im Bundesamt für Verfassungsschutz N.N. an den Regierungsdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Schierbaum und den Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz Schlichter Der Verfassungsschutz analysiert Haftgründe, Strafmaß und Dauer der Strafverbüßung der entlassenen Häftlinge und bewertet den Anteil der „politischen Überzeugungstäter“.	586
373	30. 11. 1968	Schreiben des Bischofs von Berlin, Kardinal Bengsch, an den Weihbischof Tenhumberg Bengsch verwendet sich für die Fortsetzung des Häftlingsfreikaufs und die Freilassung Felfes.	588
374	03. 12. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Das MfS habe über über Prälat Groß versucht, neue Verhandlungen mit der Bundesrepublik über eine Freilassung Felfes anzuknüpfen.	589
375	11. 12. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Vogel berichtet, die katholische Kirche sei bereit, die „Verbindung zu übernehmen“ und im Fall Felfe zu helfen.	589
376	13. 12. 1968	Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Wehner an den Bundesminister der Justiz Heinemann Wehner bittet Heinemann, sich persönlich der Entscheidung zugunsten eines beabsichtigten Häftlingsaustausches anzunehmen.	590
377	16. 12. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Rehlinger befürwortet angesichts erfolgter Freilassungen eine weitere von Vogel erbetene Gutschrift in Höhe von 10 Mio. DM.	591
378	18. 12. 1968	Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Ministerialrat Kossor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger listet die bisherigen Zahlungen im Rahmen der Sonderaktion 1968 auf.	592
379	23. 12. 1968	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Laut Mitteilung Wetzels an Stange sagt die Sowjetunion die Freilassung dreier inhaftierter Studenten zu, die als Gegenleistung für die Freilassung Felfes unberücksichtigt blieben.	593
380	23. 12. 1968	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel sagt für den Fall der Begnadigung Felfes die Freilassung von 20 zurückgestellten Häftlingen sowie der drei in der Sowjetunion inhaftierten Studenten zu.	594
381	09. 01. 1969	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange erläutert ein Angebot Vogels, wonach 22 als Z-Fälle benannte Häftlinge in die Bundesrepublik entlassen und weitere 60 Z-Fälle bei einem Austausch Felfes berücksichtigt werden könnten. Zudem könnten Familienzusammenführung und Kinderausreisen wieder aufgenommen werden.	594

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 382 | 13. 01. 1969 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel
Stange protokolliert eine Rücksprache mit Wehner und Wetzel, bei welcher der Wortlaut einer Presseerklärung zum Austausch Felfes festgelegt wurde. U. a. behalte sich Wehner die Entscheidung über die Gegenleistungen für die Aktion 1969 bis zum Vorliegen einer Abschlußrechnung der DDR vor. Wetzel habe Ehmke über Probleme bei weiteren Austauschplänen informiert. | 597 |
| 383 | 21. 01. 1969 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger
Vogel drängt auf eine Entscheidung im Fall Felfe und bietet die Entlassung von Häftlingen (bevorstehendes Strafende oder besondere menschliche Umstände). | 598 |
| 384 | 24. 01. 1969 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an die Oberkirchenrätin beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gräfin von Rittberg
Stange informiert die Kirchen über den Verhandlungsstand im Fall Felfe. | 599 |
| 385 | 31. 01. 1969 | Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner
Vor dem Hintergrund, daß die Verhandlungen über Familienzusammenführungen nur stockend verlaufen, empfiehlt Rehlinger, einige separat von der evangelischen Kirche ausgehandelte Ausreisen aus Bundesmitteln zu finanzieren. | 599 |
| 386 | 03. 02. 1969 | Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel an den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundeskanzler Freiherr von und zu Guttenberg
Wetzel bittet Guttenberg, beim Bundeskanzler auf eine Freilassung Felfes hinzuwirken, da andernfalls ein Abbruch des Häftlingsfreikaufs sowie der Familienzusammenführung zu befürchten sei. | 600 |
| 387 | 04. 02. 1969 | Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger
Wetzel hat Rehlinger über die Begnadigung Felfes und die damit verbundenen Bedingungen unterrichtet. | 602 |
| 388 | 05. 02. 1969 | Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange
Vogel bestätigt die Details der Vereinbarung im Austauschfall Felfe und kündigt die baldige Ausreise von Familien und Kindern an. | 603 |
| 389 | 19. 02. 1969 | Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche Deutschlands am Sitz der Bundesregierung, Bischof Kunst
Stange berichtet über den erfolgreichen Austausch Felfes. | 605 |
| 390 | 19. 02. 1969 | Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner
Rehlinger informiert Wehner über die Verhandlungen zur Freilassung des in Südafrika inhaftierten sowjetischen Spions Loginow, die Stange im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft der DDR führt. | 606 |

LXXIV *Verzeichnis der Dokumente*

391	20.02.1969	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange hält den Beginn der Verhandlungen für eine Aktion 1969 sowie die Größenordnung der Fallgruppen fest. Eine Einigung werde bis Anfang März angestrebt.	608
392	07.03.1969	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Vogel informiert Wehner unmittelbar über den Stand der Verhandlungen und schlägt ein Zusammentreffen im April vor.	609
393	10.03.1969	Vermerk des Bundesnachrichtendienstes Drei aus sowjetischer Haft entlassenen Studenten werden von Reportern des Magazins Stern Exklusivverträge angeboten.	610
393A		Anlage Formular einer Erklärung, auf Pressekontakte zu verzichten.	611
394	26.03.1969	Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel an den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Grund Wetzel unterrichtet Grund über den Mittelbedarf für die Besonderen Bemühungen im Jahr 1969.	612
395	01.04.1969	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger hält Entwicklung und Sachstand der Familienzusammenführung und Kinderübersiedlung sowie der wirtschaftlichen Gegenleistungen fest.	613
396	03.04.1969	Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger Rehlinger stellt fest, eine definitive Abrechnung der Sonderaktionen 1967 und 1968 sei zur Zeit u. a. deswegen noch nicht möglich, weil Angaben der DDR-Seite über Ausreisen mit dem Ziel der Familienzusammenführung nicht nachprüfbar seien, ohne die Geheimhaltung zu gefährden.	615
397	24.04.1969	Schreiben des Senators für Familie, Jugend und Sport des Landes Berlin, Korber, an Rechtsanwalt Stange Korber bittet Stange um Beschleunigung der Verhandlungen über die Mündelgeldverrechnung. Andernfalls seien weitere Zahlungen gefährdet.	618
398	29.04.1969	Bericht des Regierungsdirektors Baum an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel (Auszug) Stange berichtet über den Stand der Verhandlungen für 1969. Die DDR dränge auf die Begnadigung von sieben in der Bundesrepublik Inhaftierten. Er befürwortet einen von DDR-Seite angebotenen Vergleich, damit die Abrechnung für die Jahre 1967 bis 1968 abgeschlossen werden könne, und schlägt eine weitere Gutschrift in Höhe von 15–20 Mio. DM vor.	619

- 399 01.05.1969 Vermerk des Rechtsanwalts Vogel 621
 Vogel berichtet über Verhandlungen mit Wehner. Dieser habe u. a. eine Gutschrift in Höhe von 20 Mio. DM angekündigt. Sollte es beim Aushandeln der freizulassenden Häftlinge Uneinigkeit zwischen Vogel und Stange geben, wolle Wehner „direkt und ohne Wissen“ Stanges informiert werden. Des Weiteren habe Wehner die Möglichkeit benannt, unter Ausklammerung der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung geheime Verhandlungen mit der DDR „auf praktischen Teilgebieten“ zu führen.
- 400 16.05.1969 Schreiben eines freigekauften Häftlings an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner 624
 In der Bundesrepublik eingetroffene ehemalige Häftlinge danken Wehner für ihre Freilassung.
- 401 30.05.1969 Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner 625
 Rehlinger berichtet zusammenfassend über Entwicklung und Verfahren der Besonderen Bemühungen.
- 402 11.06.1969 Schreiben des Ministerialrats Rehlinger an den Regiergungsdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Staab 628
 Rehlinger unterrichtet Staab über den Stand der Übersiedlung minderjähriger Kinder; diese sei nach dem sog. Berliner Modell in Gang gekommen. Die Gesamtzahl der in der DDR zurückgehaltenen Kinder werde vom DRK auf 2300 geschätzt.
- 403 11.06.1969 Vermerk des Ministerialrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger 629
 In dem an Stange gezahlten Honorar ist ein Anteil für Vogel enthalten.
- 404 12.06.1969 Vermerk des Referates III/A 1 im Bundesamt für Verfassungsschutz 630
 Das BfV legt die künftige Überprüfung der in die Bundesrepublik entlassenen Häftlinge fest.
- 405 27.06.1969 Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Ministerialrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Rehlinger 631
 Stange legt eine Aufrechnung der DDR vor, wonach Vorauszahlungen in Höhe von Mio. 20 DM durch eine entsprechende Anzahl an Haftentlassungen abgegolten seien, und befürwortet eine neue Vorauszahlung von 15 Mio. DM.
- 406 14.07.1969 Bericht des Ministerialrats Rehlinger an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner 633
 Rehlinger berichtet über den erfolgreichen Austausch zweier Häftlinge (Fall Loginow). Das Verhandlungsklima habe sich wesentlich verbessert.
- 407 23.07.1969 Schreiben des Ministerialdirektors im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Kreuzer an den Hessischen Minister des Innern, Schneider 634
 Kreuzer regt an, die Betreuung von Häftlingen im Rahmen des Notaufnahmeverfahrens zu verbessern. Insbesondere sollen sie über die ihnen gesetzlich zustehenden Unterstützungsmöglichkeiten besser informiert werden.

408	30.07.1969	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel schlägt eine Lösung im Falle des Häftlings Latinsky vor, für den eine hohe Schadensersatzsumme gefordert wird.	636
409	31.07.1969	Schreiben des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, Andropow an den Minister für Staatssicherheit der DDR, Mielke Andropow dankt Mielke für die Unterstützung der DDR, die zum Austausch Loginows, Felfes und eines weiteren Betroffenen geführt habe.	637
410	08.08.1969	Schreiben der Oberkirchenrätin beim Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gräfin von Rittberg, an Rechtsanwalt Stange Die evangelische Kirche beklagt die geringe Anzahl der Familienzusammenführungen und bittet Stange um verstärkte Bemühungen.	637
411	18.08.1969	Bericht des Oberregierungsrats Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Hoesch berichtet über die nicht zufriedenstellenden Erfahrungen des Berliner Senats mit der Kinderübersiedlung und empfiehlt Verbesserungen vor der Übertragung des Berliner Modells auf andere Bundesländer.	639
412	01.09.1969	Bericht des Oberregierungsrats Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Hoesch berichtet zusammenfassend über den Austauschfall Loginow.	640
413	05.09.1969	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Vogel bietet einen Austausch von Agenten gegen Fluchthelfer an.	643
414	08.09.1969	Bericht des Oberregierungsrats Hoesch an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Hoesch befürwortet die Durchführung des Austausches von Agenten gegen Fluchthelfer.	647
415	09.09.1969	Schreiben des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen Wehner an den Bundesminister der Justiz Ehmke Wehner unterrichtet Ehmke über den vorgeschlagenen Austausch von Agenten gegen Fluchthelfer und bittet um Befürwortung gegenüber dem Generalbundesanwalt.	649
416	16.09.1969	Bericht des Oberregierungsrats Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Angesichts der zögernden Haltung des BMJ regt Hoesch eine persönliche Intervention auf Ebene der Staatssekretäre an.	650
417	22.09.1969	Vermerk des Oberregierungsrats im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Hoesch Hoesch hält das Ergebnis einer Staatssekretärsbesprechung fest, wonach das BM J weiterhin Bedenken gegen den vorgeschlagenen Austausch habe. Stange solle versuchen, eine Verbesserung des Angebots der DDR zu erreichen.	651

418	22. 09. 1969	Sprechzettel des Oberregierungsrats Hoesch für den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Für ein Gespräch Wehners mit Ehmke faßt Hoesch den Stand der Austauschverhandlungen sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen zusammen.	652
419	23. 09. 1969	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Stange erläutert den aktuellen Stand der Jahresaktion 1969 und schlägt eine erneute Abschlagszahlung über die bislang gezahlten 35 Mio. DM hinaus vor. Die Gegenleistungen im Zusammenhang mit dem Fall Felfe seien erbracht. Die Einbeziehung von Fluchthelfern in den Häftlingsfreikauf werde jedoch von der DDR verweigert.	654
419A	22. 09. 1969	Vermerk des Rechtsanwalts Stange Stange legt eine nach Fallzahlen aufgeschlüsselte Übersicht der Jahresaktion 1969 vor.	656
420	02. 10. 1969	Bericht des Oberregierungsrats Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Hoesch legt eine Übersicht der Fallzahlen der Besonderen Bemühungen seit 1964 vor.	659
421	03. 10. 1969	Vermerk des Oberregierungsrats Hoesch Hoesch hält das Ergebnis einer Besprechung mit dem Staatsschutzreferenten des BMJ fest, an dem auch Stange teilnahm. Es sei damit zu rechnen, daß das BMJ nunmehr in der Angelegenheit des Austausches von Agenten gegen Fluchthelfer an den Generalbundesanwalt herantrete.	660
422	17. 10. 1969	Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Auf der Grundlage der Erfahrungen Berlins mit der Mündelgeldverrechnung beabsichtigen die Bundesländer mit Vorarbeiten für eine dem Berliner Modell entsprechende Regelung zu beginnen.	661
423	17. 10. 1969	Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Wehner Hoesch berichtet über den Stand der Abstimmung mit dem BMJ in der Angelegenheit des Austausches von Agenten gegen Fluchthelfer. Nachdem der Austausch dadurch gefährdet sei, daß die Hauptverhandlung gegen einen Austausch kandidaten bereits begonnen habe, schlägt Hoesch vor, beschwerdeführend an den BMJ heranzutreten.	663
424	18. 10. 1969	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen Wetzel Stange macht auf den Schaden aufmerksam, der durch das Bekanntwerden des Prozeßbeginns gegen einen Austausch kandidaten entstanden sei.	666
425	22. 10. 1969	Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Regierungsdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch Stange berichtet über das Verhandlungsergebnis bezüglich des Austausches von Agenten gegen Fluchthelfer und drängt auf Einhaltung der Zusagen durch die Bundesrepublik.	668

LXXVIII *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 426 | 23. 10. 1969 | <p>Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Wetzel</p> <p>Hoesch schlägt vor, Vogel erneut auf einen Fall hinzuweisen, in dem die Ausreise eines Kindes aus der DDR zugesagt, aber bisher nicht durchgeführt wurde.</p> | 669 |
| 427 | 23. 10. 1969 | <p>Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Wetzel</p> <p>Hoesch berichtet über den aktuellen Stand der Jahresaktion 1969. U. a. stehe der beabsichtigte Austausch unmittelbar vor dem Abschluß. Die Häftlingsentlassungen in die Bundesrepublik würden fortgesetzt, der finanzielle Gesamtrahmen belaufe sich auf 45 Mio. DM.</p> | 670 |
| 428 | 04. 11. 1969 | <p>Schreiben des Ministerialrats beim Senator für Familie, Jugend und Sport des Landes Berlin, Staar, an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Staar nimmt Stellung zum Vorschlag der DDR bezüglich einer halbjährlichen Unterhaltsverrechnung für Kinder und schlägt ein laufendes Verrechnungsverfahren vor. Er verweist zudem auf die einseitige Rechtsprechung und Verwaltungspraxis in der DDR, die für Kinder im Westen nachteilig sei.</p> | 672 |
| 429 | 13. 11. 1969 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel macht Stange „auf ausdrückliche Weisung“ darauf aufmerksam, der anwaltliche Kontakt sei bei der Verhandlung einzelner Fälle immer wieder belastet gewesen; insbesondere sollten „übertriebene Forderungen“ künftig unterbleiben.</p> | 675 |
| 430 | ohne Datum | <p>Vermerk des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Kreuzer</p> <p>Kreuzer hält das Ergebnis eines Gesprächs mit den Rechtsanwälten Vogel, Stange und von Wedel über Einzelheiten eines Kontentransfers mit der DDR fest. Die DDR befürchte eine Verknüpfung mit humanitären Forderungen. Der Bundesregierung fehle ein verlässlicher Überblick über die beiderseitigen Forderungen. Eine Expertenkommission solle eingerichtet werden.</p> | 676 |
| 431 | 20. 11. 1969 | <p>Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Franke</p> <p>Zur Vorbereitung eines Ministergesprächs unterrichtet Hoesch Franke über die Abstimmung mit dem BMJ bei Austauschfällen und die damit verbundenen aktuellen Schwierigkeiten.</p> | 680 |
| 432 | 21. 11. 1969 | <p>Schreiben des Bundesnachrichtendienstes, Seraphim, an den Ministerialrat im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Baumgärtel</p> <p>Seraphim weist auf Einzelfälle hin, in denen Haftstrafen provoziert wurden mit dem Ziel, einen Freikauf in die Bundesrepublik zu erreichen.</p> | 683 |
| 433 | 24. 11. 1969 | <p>Vermerk des Regierungsdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch</p> <p>Hoesch berichtet über einen Besuch im Notaufnahmelager Gießen und beschreibt das dortige Notaufnahmeverfahren.</p> | 684 |

- | | | | |
|-----|------------|---|-----|
| 434 | 27.11.1969 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Stange an den Regierungsdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch</p> <p>Stange übermittelt das Angebot der DDR, Latinsky und einen weiteren wegen Wirtschafts- und Spionagedelikten verurteilten Bundesbürger gegen eine „Wiedergutmachung“ in Höhe von 1 Mio. DM zu entlassen.</p> | 687 |
| 435 | 28.11.1969 | <p>Schreiben des Regierungsdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch an den Redakteur der Neuen Ruhr Zeitung Müller-Scherz</p> <p>Hoesch bittet, den Fall eines in der DDR zurückgehaltenen Jugendlichen nicht publizistisch zu verwerten, um weitere Verhandlungen nicht zu gefährden.</p> | 688 |
| 436 | 28.11.1969 | <p>Schreiben des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Wehner an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Franke</p> <p>Wehner bittet Franke um eine Gutschrift an die DDR in Höhe von 5 Mio. DM, damit eine Jahresaktion 1970 ohne Verzögerung möglich wird.</p> | 689 |
| 437 | 12.12.1969 | <p>Vermerk des Regierungsdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hoesch</p> <p>Hoesch befürwortet die Honorarforderung Stanges, der seinen Praxisbetrieb nahezu ausschließlich auf die Besonderen Bemühungen ausgerichtet habe.</p> | 689 |
| 438 | 12.12.1969 | <p>Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange</p> <p>Vogel bezeichnet die Vorstellungen der Bundesregierung über eine zusätzliche Entlassungsaktion zu Weihnachten als überzogen und droht mit einem Abbruch des Kontaktes.</p> | 690 |
| 439 | 15.12.1969 | <p>Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Franke</p> <p>Hoesch nimmt Stellung zur Erwiderung Vogels bezüglich einer zusätzlichen Entlassungsaktion. Er schlägt die Abstimmung mit dem BMJ vor, um eine kurzfristige Entscheidung über den Austausch herbeizuführen, und beauftragt Stange mit einem Schreiben an Vogel.</p> | 694 |
| 440 | 16.12.1969 | <p>Bericht des Regierungsdirektors Hoesch an den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Franke</p> <p>Hoesch schlägt für die bevorstehende Sitzung des Staatssekretärsausschusses für geheimes Nachrichtenwesen und Sicherheit eine verbesserte Koordinierung mit dem BMJ vor.</p> | 697 |
| 441 | 16.12.1969 | <p>Schreiben des Regierungsdirektors Hoesch an den Rechtsanwalt Stange</p> <p>Hoesch beauftragt Stange mit einem Antwortschreiben an Vogel und gibt weitere Leitlinien für die aktuellen Austauschverhandlungen.</p> | 698 |

LXXX *Verzeichnis der Dokumente*

442	22.12.1969	Schreiben des Rechtsanwalts Vogel an Rechtsanwalt Stange Vogel teilt die Zustimmung für eine Freikaufaktion 1970 mit und bittet um die Übersendung einer Vorschlagsliste. Bei Leistung einer Gutschrift von 5 Mio. DM können Häftlinge in besonderen Fällen vorab entlassen werden.	700
-----	------------	--	-----